



besser „gesichert“, als alles das, was die Dreiklassenmänner erzielen wollen.

Die Sozialdemokratie, die jahrzehntlang um das gleiche Wahlrecht gekämpft hat, kann schließlich auch noch einige Monate warten, aber darauf können sich alle Wahlrechtsfreunde verlassen, daß wir diese paar Monate — falls die Regierung wirklich noch so lange zaudern will — nicht vorübergehen lassen werden, ohne sie nach Möglichkeit zur Vorbereitung der großen Offensive auszunützen. Unsere Genossen arbeiten, was in ihren Kräften steht, um den Sieg über die preussische Reaktion, unter der das ganze Reich leidet, zu einem endgültigen zu machen.

Der Kampf geht um das gleiche Wahlrecht ohne Sicherungen, und der Kampf wird nicht beendet werden, bevor der Sieg unser ist.

## Das große Schweigen über die Lösung der polnischen Frage.

Auch die ungarische Regierung schweigt.

Budapest, 12. Juni. (Meldung des Ungarischen Telegr. Korr.-Bureaus.) Graf Theodor Batthyany (Karolyi-Partei) hat im Abgeordnetenhaus folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten gerichtet: Welchen Standpunkt nimmt die Regierung in der Frage der Lösung der polnischen Frage ein? Entspricht die in Oesterreich verbreitete Nachricht der Wahrheit, daß in Verbindung mit den in Prest-Litowsk gepflogenen Friedensverhandlungen unter Mitwirkung des damaligen Ministers des Äußern Grafen Czernin ein geheimes Abkommen zustande gekommen ist in dem Sinne, daß der österreichische Ministerpräsident die Verpflichtung übernommen hätte, über die Ausgestaltung Ogaliziens zu einer besonderen Provinz dem österreichischen Reichsrat einen Gesetzentwurf zu unterbreiten? Mit Rücksicht darauf, daß das Zustandekommen einer solchen besonderen ostgalizischen Provinz weder mit den polnischen noch mit den ungarischen Interessen in Einklang gebracht werden kann, frage ich, ob der Ministerpräsident die notwendigen Schritte unternommen hat, um den Plan, wenn er wirklich bestanden hat, zu verhindern.

Ministerpräsident Dr. Welerle bedauerte, daß der Interpellant wohl auf Grund einseitiger Informationen und vielleicht nur, um gewisse seitens der Polen begangene Dinge oder ihre Haltung zu begründen, das in den besetzten Provinzen befolgte Vorgehen der deutschen Regierung zum Gegenstande einer eingehenden Kritik gemacht hat. Ich bedauere sehr, fuhr Dr. Welerle fort, daß das Vorgehen eines fremden, noch dazu mit uns verbündeten Staates in solcher Weise auf Grund einseitiger Informationen kritisiert worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Welche Sympathien wir auch für die Polen hegen, eine geschichtliche Tatsache kann nicht abgeleugnet werden, nämlich, daß die auch von uns gewünschte Befreiung der polnischen Nation der Mitwirkung unserer und der Waffen unserer Verbündeten zu verdanken ist. (Zustimmung.) Was die übrigen Fragen der Interpellation betrifft, so kann ich zwischen der polnischen und der südslawischen Frage keinen unmittelbaren Zusammenhang erblicken. Ich kann auch auf die aufgeworfenen Fragen insofern nicht antworten, als der Interpellant gar nicht gesagt hat, was er eigentlich unter der südslawischen Frage versteht. Er wird es daher natürlich finden, daß ich darauf nicht antworte. Wir waren die ersten, die die Errichtung des polnischen Staates mit unseren Verbündeten proklamierten und ihn anerkannten, sowie den Standpunkt einnahmen, den wir auch heute noch einnehmen, daß die entscheidende Entscheidung über das zukünftige Schicksal des polnischen Staates der polnischen Nation selbst zukommt. Nicht nur die Regierung, sondern auch die gesamte ungarische Nation begrüßt die Entwicklung der polnischen Nation und die Rundgebung und Kräftigung ihres politischen Lebens in dem Staatsgebilde. (Beifallsläute links.) Die ungarische Nation gibt auch ihrer Freude darüber Ausdruck, daß es gelingt, mit dieser insofern in engere Beziehung zu treten. Trotz unserer Sympathie aber ist unser Standpunkt der, daß unsere staatsrechtliche Lage keine Änderung erfahren darf, daß wir unsere inneren Angelegenheiten ohne jede Einmischung und Rückwirkung frei aufrechterhalten und erledigen und natürlich unsere Interessen wahrnehmen können. Ueber die Lösung der polnischen Frage sind die verschiedensten Anschauungen ausgetauscht, nicht nur in Deutschland, wo sich die amtlichen Kreise noch gar nicht geäußert haben, sondern auch, wie das Beispiel der Interpellation zeigt, bei uns und auch in den Kreisen der Polen. Diese Frage befindet sich noch nicht in dem Stadium, daß wir oder Deutschland unsere Stellungnahme gekennzeichnet hätten. Selbst Polen war noch nicht in der Lage, seinen Standpunkt in dieser Frage zu äußern. Unter solchen Umständen wird es das Haus natürlich finden, daß ich mich nicht äußere. Was die ukrainische Frage betrifft, so kann ich mich auf die Erklärung beschränken, daß der Vertrag mit der Ukraine noch nicht ratifiziert ist.

Nach einer kurzen Erwiderung des Interpellanten wurde die Antwort zur Kenntnis genommen.

## Neue englische Kriegskredite.

Amsterdam, 13. Juni. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Der Schatzkanzler wird am Dienstag im Unterhause eine Kreditvorlage von 500 Millionen einbringen. Der Gesamtbetrag der während des Krieges gewährten Kredite mit Einschluß dieses neuen ist 7342 Millionen Pfund Sterling.

## Die U-Boote vor Amerikas Küste.

London, 13. Juni. (Neuermeldung.) „Daily Chronicle“ meldet aus New York, daß nach Telegrammen aus Norfolk die Ueberlebenden des von einem U-Boot torpedierten amerikanischen Frachtdampfers „Pinar del Rio“ erzählen, das U-Boot sei von einem Dampfer von ungefähr 6000 Tonnen mit grau angestrichenem Schornstein begleitet gewesen. Während das U-Boot angriff, blieb dieser Dampfer in einer Entfernung von zwei bis drei Meilen. Dann erhielt er den Befehl, dem U-Boot zu folgen. Hieraus verschwanden beide Schiffe. Das U-Boot war schätzungsweise 200 Fuß lang.

Im Mittelmeer wurden durch unsere U-Boote 6 Dampfer von zusammen 22 000 B.R.T. versenkt.

## Die Kiener Verhandlungen.

Die Demarkationslinie.

Kiew, 12. Juni. Die Zeitungen berichten über das Ergebnis der ukrainisch-russischen Waffenstillstandsverhandlungen:

Es wurde beschlossen, die Besetzung der Demarkationslinie an allen Fronten den Truppenkommandeuren zu überlassen. Mit Verhandlungen über die Grenzen der Ukraine soll sofort begonnen werden, daher wurde die Frage einer allgemeinen Demarkationslinie von der Tagesordnung abgesetzt. Vorläufig wurde über die Wiederaufnahme des Güterverkehrs und der Post- und Telegraphenverbindung sowie über die Dichtigkeit der Vollziehungen keine Einigung erzielt. Die ukrainische Delegation ist laut Ministerratsbeschluss gegen die Zulassung der Presse und des Publikums. Manuilski erklärte noch einem Ferngespräch mit Moskau, daß von einem russisch-ukrainischen Warenaustausch nur die Rede sein könne, wenn Getreide, nicht nur der weniger wichtige Zucker, gegen russische Bedwaren geliefert würde.

Nach Zeitungsmeldungen überreichte der Minister des Äußeren Doroschenko dem deutschen Votichaster Freiherrn von Rum eine Note über die Notwendigkeit der Angliederung der Krim an die Ukraine.

## Lloyd Georges Schiffsraumziffern.

Gleich anderen englischen Blättern hat sich nun auch das erste englische Neuderschiffblatt „Fairplay“ gegen Lloyd Georges schätzende Seekriegsstatistiken gewendet. Das Blatt schreibt am 30. Mai: Die letzte Rede von Lloyd George in Edinburgh kennzeichnet sich wiederum durch dieselbe Unbestimmtheit, die wir an ihm gewohnt sind, und die sich zwar lieblich anhört, aber als dürftig herausfällt, sobald man ihr auf den Grund geht. Wir zweifeln natürlich nicht an dem guten Glauben des Premierministers, aber erkennen weder Zweck noch Berechtigung für seine ständig wiederholte Hoffungslosigkeit. Tatsache ist, daß England nach den amtlichen Angaben der Admiralität im ersten Viertel dieses Jahres 820 280 B.R.-T. erbaute und 695 880 B.R.-T., also über das Doppelte der Neubauten verlor. Dies ist eine Entwidlung, die mit Notwendigkeit zum Zusammenbruch führt, wenn sie nicht aufgehalten wird.

Nach amtlichen deutschen Angaben ist das Verhältnis zwischen Schiffbau und Versenkungen für ersteren noch erheblich ungünstiger. Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß Lloyd George diesen Sachverhalt nicht kennt. Aber es handelt sich für ihn darum, in England die Kampflust der Bevölkerung und jenseits der englischen Grenzen den Glauben an die englische Vormachtstellung zur See aufrechtzuerhalten. Die Reden Lloyd Georges und der anderen unermüdlich sprechenden Minister Englands sind zum guten Teil für die Propaganda hergerichtet, und deshalb läßt man sich in England das Verbiegen und Verdrehen der Wahrheit, das sie sich leisten, immerhin gefallen. Nur die politischen Gegner der jeweiligen Regierung weisen auf den Abstand der Reden von den Tatsachen hin; aber wenn sie am Ruder wären, würden sie vermutlich dasselbe tun, was sie jetzt tadelnd kritisieren.

## Ende Juli 1914.

Die grundlegende Enthüllung des für die russische Seite der Geschichte des Kriegsausbruchs Wichtigen bildet der Prozeß Suchomlinow. Eine Aufklärung, keine Erweiterung bekannter Dinge stellt dar, was jetzt einem Vertreter der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ von einem in Berlin durchreisenden Kalmückenheimatmann Tundurov erzählt worden ist, der in den kritischen Tagen nach Ausbruch des Krieges Adjutant des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch war und in dienstlicher Nähe des Generalstabschefs Januschewitsch weilte. Was er im Nebenzimmer des Generals erhörte, erzählte er nun folgendermaßen:

In jener Nacht, als der Zar dem General Januschewitsch telephonierte und von ihm die Rückgängigmachung der Mobilisierung verlangte, hielt ich mich im Nebenzimmer des Arbeitszimmers des Generals auf und konnte alle Vorgänge genau verfolgen. Es war dies an dem Tage, an dem nachmittags das bekannte Gespräch des Generalstabschefs mit dem deutschen Militärbevollmächtigten Major von Eggeling stattgefunden hat, also der 16. Juli (alten Stils, 29. Juli neuen Stils). Nach dem Gespräch des Zaren mit Januschewitsch, der den Auftrag erhalten hatte, die Mobilisierung rückgängig zu machen, sprach dieser meines Erinnerns telephonisch zunächst mit dem ihm nahe befreundeten Sazonow. Gleich darauf rief er nochmals den Zaren an und teilte ihm mit, die Rücknahme des Mobilisierungsbefehls sei nicht mehr möglich, er sei bereits herausgegeben, die Truppen hätten ihn erhalten, alles sei im Gange, die Mobilisierung sei nicht mehr aufzuhalten. Ich höre deutlich die helle, klare Stimme des Generals. Das, was er dem Zaren sagte, war gelogen. Vor ihm auf dem Tisch lag noch der unterschriebene Mobilisierungsbefehl, den er nun erst gleich nach dem Gespräch mit dem Zaren, herausgab.

Auf die Frage, ob es sich nur um den Teil- oder um den Gesamtobilisierungsbefehl gehandelt habe, sagte Fürst Tundurov: „Nein, es handelt sich um den Mobilisierungsbefehl für das ganze russische Heer in Europa und Sibirien.“

Nach Tundurovs Meinung ist die Entscheidung über den Krieg bereits am 24. Juli in Krasnojelo gefallen. Doch das ist nur seine Meinung. Als bemerkenswert fällt an der Mitteilung dieses Berichtes die äußerst debot aufmerksame Art auf, mit der die „Nordd. Allg. Zeitung“ der Erzählung des Kalmückenheimatmanns und Astrachaner Sozialenatamans durch Vor- und Nachbemerkungen etwas mehr Wichtigkeit anzuhängen sucht. Es handelt sich nämlich um einen Verwandten des Nikolai Nikolajewitsch und des montenegrinischen Fürstenhauses, und nun gebietet sich das Blatt auf einmal wieder, als wolle es wie einst bei solchem Anlaß ersticken.

## Die Schlacht bei Noyon.

Französischer Heeresbericht vom 12. Juni nachmittags. Zwischen Montdidier und der Oise dauerte die Schlacht abends und nachts ohne größere Veränderungen fort. Auf dem linken Flügel der Front wurden alle Versuche feindlicher Gegenwirkung gebrochen. Die französischen Truppen machten neue Fortschritte östlich von Noyon und im Walde von Genlis. Heftige deutsche Angriffe suchten die Franzosen auch an der Krone an der Front Saint-Maur-Perme Loges-Antheuil zurückzudrängen. Die französischen Truppen hielten dem Stoß stand, fügten den Stürmenden schwere Verluste zu und hielten ihre Stellungen. An dem rechten französischen Frontflügel vermachten die Deutschen trotz mehrmaliger Anstrengung nicht über das Südufer der Marne vorzubringen. Die Franzosen hielten den Raum südlich Chevincourt und Mareuil-sur-Marne. Nach neuen Meldungen traf gestern ein französischer Gegenangriff auf einen mächtigen deutschen Angriff, der sich an der gleichen Front in Vorbereitung befand. Die französischen Truppen stießen auf starke Streitkräfte, die sie über den Haufen warfen. Die von einer einzigen französischen Division gemachten Gefangenen gehören vier verschiedenen deutschen Divisionen an. Südlich der Aisne geistern die Deutschen heute früh zwischen dem Flusse und dem Walde von Villers-Cotterets an. Eröffnete Kämpfe sind an der Front Domiers-Catry südlich Ambleny im Gange.

Französischer Heeresbericht vom 12. Juni abends. Zwischen Montdidier und Oise erneuerte der Feind im Laufe des Tages seinen Druck auf unsere linken Flügel. Alle seine Versuche scheiterten gestern. Wir machten in der Gegend der Wälder von Velloch und St. Maur Fortschritte und brachten 400 neue Gefangene ein sowie mehrere Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre. An der Front St. Maur-Antheuil keine Veränderung. Auf unserem rechten Flügel erneuerten die Deutschen ihre Angriffe an der Marne. Nach mehreren Versuchen, die ihnen starke Verluste kosteten, konnten sie auf dem Südufer im Dorfe Melicoc und auf den Höhen von Croix Richard, östlich der Oise, Fuß fassen. Unsere Truppen zogen sich vorgerückt nach unter dem Schutze von Deckungsstellungen, die unsere Bewegungen dem Feinde verheimlichten, auf die Linie Vailly-Tracy-Leval, westlich Noyon, zurück. In der Gegend von Hautebraye schlugen wir einen feindlichen Angriff zurück und machten Gefangene. Südlich der Aisne spielten sich heftige Kämpfe, die bis zu einem Handgemenge führten, zwischen dem Flusse und dem Walde von Villers-Cotterets, ab. Unsere Truppen schieden den Angriffen des Feindes, der auf der Hochfläche westlich der Dörfer Domiers und Catry leichte Fortschritte machte, lebhaften Widerstand entgegen. Alle seine Anstrengungen in der Richtung auf Ambleny und St. Pierre-Aigle scheiterten. Nördlich der Marne nahmen unsere Truppen Montcourt les Boquetaux, nördlich von Elsup, und den Südtail von Suffisart.

Französischer Bericht vom 13. Juni nachmittags. Gestern nacht erneuerten die Deutschen ihre Angriffe nicht. Zwischen Montdidier und der Gegend von Antheuil befestigten die Franzosen ihre Stellung. Auf dem rechten französischen Flügel gestatteten französische Gegenangriffe die Deutschen auf das Nordufer der Marne zurückzuziehen. Die Franzosen besetzten von neuem die Anhöhe des Rischardkreuzes und Melicoc. Etwa 100 Gefangene und außerdem Maschinengewehre blieben in den Händen der Franzosen. Die Kämpfe dauerten heftig an zwischen der Aisne und dem Walde von Villers-Cotterets. Die Deutschen rückten bis zu einer Talsohle östlich von Laverne vor und es gelang ihnen nach erbittertem Kampf in Couvres und St. Pierre Aigle Fuß zu fassen. Die Deutschen machten einen heftigen Angriff an der Front bei Verrees-Velleamach. Amerikanische Truppen brachen den Angriff, brachten dem Angreifer ernste Verluste bei und behaupteten ihren Gewinn.

## Abgeordnetenhaus.

Die Wahlrechtsfeinde haben ihre parlamentarische Pflicht erfüllt, die zahlreichen namentlichen Abstimmungen der beiden letzten Tage haben sie so angestrengt, daß sie schleunigst einen Erholungsurlaub antreten mußten. So ging denn die Beratung des Kapitels „Höhere Lehranstalten“ vom Kultusetat am Donnerstag vor fast leerem Hause vor sich. Der geräumige Sitzungssaal bot wieder den Anblick, den man von jeher an ihm gewohnt ist, wenn es sich um die Erörterung von Kulturfragen handelt.

Die Debatte drehte sich wie alljährlich um das humanistische Gymnasium, das von einer Seite scharf angegriffen wurde, während ihm auf der anderen Seite warme Beiwörter entfielen. Besonders legte sich für die humanistische Bildung der Abg. Cassel (Sp.) ins Zeug, der zugleich unter Darlegung der Berliner Schulorganisation für den Aufstieg der Begabten eintrat und einer Erweiterung der Rechte der Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens das Wort redete. Der Kultusminister Dr. Schmidt erklärte in seiner Erwiderung, daß er mit den Vertretern des Deutschen Städtetages zu einer Einigung über den für die Städte und die Schulen gleich wichtigen Rechtszustand zu gelangen hoffe.

Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

## Gegenfragen.

In einer Erwiderung auf unseren gestrigen Leitartikel richtet die „Deutsche Tageszeitung“ an uns folgende Fragen:

Wer hat den Pakt einseitig gebrochen, zunächst in Miller reservatio mentalis seine Vorteile eingesehen, um hinterher wieder offen den alten Kampfstandpunkt gegen Konarchie, Staat und Gesellschaftsordnung aufzunehmen? Wer hat an Stelle der pflichtbewussten Unterordnung unter die nationalen Gesamtinteressen den alten Parteieigennutz gesetzt? Wer kündigt bei jeder Gelegenheit dem herrschenden System des Kampfs mit den schärfsten Mitteln an? Wer ist als geistiger Urheber und gelegentlich in noch bedenkllicherer Rolle beteiligt, wenn irgendwo Anschläge gegen die Landesinteressen verübt. Verrätereie angezettelt, zum Streit gehetzt wird? Wer liefert durch Reden, in der sicheren Hut parlamentarischer Immunität gehalten, dem feindlichen Ausland die fertigen Flugblätter zur Zermürbung der Disziplin an der Front? Der „Vorwärts“ weiß es so gut wie wir.

Wir antworten darauf kurz mit folgenden Gegenfragen:

Wer hat den Pakt einseitig gebrochen, zunächst ihn so ausgelegt, daß an den ungerecht überkommenen Vorrechten und Privilegien während des Krieges nicht gerüttelt werden dürfe, um hinterher wieder offen den alten Kampfstandpunkt gegen die große Mehrheit des Volkes, gegen Kriegsteilnehmer und Arbeiterschaft aufzunehmen? Wer hat an Stelle der pflichtbewussten Unterordnung unter die nationalen Gesamtinteressen den konserverativen Parteieigennutz gesetzt und aus diesem heraus gegen sämtliche Gesetze gestimmt, welche einer Neuorientierung im Innern dienen? Wer kündigt bei jeder Gelegenheit der freiheitlichen und demokratischen Bestimmung den Kampf mit den schärfsten Mitteln an? Wer ist als geistiger Urheber und gelegentlich in noch bedenkllicherer Rolle beteiligt, wenn irgendwo Anschläge gegen die Sicherung der Volksernährung verübt werden, Getreide zurückgehalten und zum Widerstand gegen die Anordnungen der Ernährungsbehörden gehetzt wird? Wer liefert durch wahnwitzige annexionistische Reden und durch reaktionäre Handlungen im Innern dem feindlichen Ausland die fertigen Flugblätter zur Zermürbung der Disziplin an der Front? Wer hat jetzt namentlich wieder durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts dem feindlichen Ausland neue Waffen geliefert und die Stimmung an der Front wie in der Heimat aufs schlimmste untergraben helfen? — Das weiß die „Deutsche Tageszeitung“ noch viel besser als wir.

## Letzte Nachrichten.

Die Beschießung von Paris.

Berlin, 13. Juni. (B. L. B.) Wie Paris trotz aller gegenteiligen französischen Presseberichte unter den deutschen Fliegerangriffen und Ferngeschüssen leidet, zeigen neuerliche Nachrichten. Der Gare de Lyon wurde durch eine Bombe schwer beschädigt, als gerade ein Transport einlief. Die Verluste waren erheblich. Durch die Geschütze wurden Schäden in der Stadt hervorgerufen.

# Militärdebatte im Reichstag.

174. Sitzung, Donnerstag, den 13. Juni 1918, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Stein.  
Die zweite

## Beratung des Heeresetats

wird fortgesetzt.

Sächsischer Militärbevollmächtigter Generalleutnant Deufart von Weidors erwidert im einzelnen auf die Anträge des Abg. Ruffel und bestreitet, daß u. a. die sächsische Militärverwaltung irgendwelche parteiliche Vorgebe. Wenn den Mannschaften die „Leipziger Nachrichten“ geliefert worden seien, so deshalb, weil sie das am meisten gelebte Morgenblatt seien. (Widerpruch bei den H. Soz.) Wenn gegen die „Leipziger Volkszeitung“ von den Militärbeholdungen vorgegangen wird, so geschieht dies wegen der scharfen Richtung dieses Blattes.

Abg. Haug (U.):

Die Regierung hat es verstanden, die zu Beginn des Krieges in ganz Elsaß-Lothringen herrschende Begeisterung zu zerstören. War schon die Verwaltung der Statthalterchaft eine sehr mangelhafte, so sind die Maßnahmen des Generalkommandos in bezug auf die Stimmung in den Reichslanden direkt zu bedauern. Der elsässische Soldat ist seit dreihundert Jahren als ein tüchtiger bekannt. Desto verletzender muß es aber für den Elfsäler sein, wenn seine Pflichten angezweifelt und er als unsicherer Kantonnist betrachtet wird. Die Verfehlungen einzelner Militärbeamten, die auch bei anderen deutschen Stämmen vorkommen, zu verallgemeinern, ist im höchsten Grade ungerecht.

Der elsässische Soldat ist ein Deutscher so gut wie jeder andere.

Für den Vorwurf gegen zwei Elsaß-Lothringer, die am 19. März in Feindeshand fielen, daß sie die deutsche Offensivbeim Feinde verraten hätten, liegen keine endgültigen Beweise vor. Man sollte in keinem Fall die Gesamtheit für die Verfehlungen einzelner verantwortlich machen. Befestigen Sie die Ursachen der Verhinderung, damit die Elfsäler ihrer Zukunft wieder froh werden.

Abg. Schirmer (Z.) bringt eine Reihe Einzelbeschwerden über schlechte Verpflegung usw. vor. Die Soldaten beklagen sich vielfach, daß es gefährlich sei, an Reichstagsabgeordnete zu schreiben. Der bayrische Kriegsminister hat erklärt, daß den Soldaten in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten gemacht werden dürften. Ich hoffe, daß der preussische Kriegsminister das selbe erklären kann. Wie dürfen nicht erlahmen, durch Wohlwollen und Gerechtigkeit die gute Stimmung unserer Soldaten zu erhalten. (Beifall im Zentrum.)

Oberleutnant von Frankfort: Für die heimkehrenden Kriegsgelassenen in Rußland reichen anfänglich die vorbereitenden Maßnahmen an den Auswahlfstellen nicht aus, um ihnen einen würdigen Empfang zu bereiten. Dem ist jetzt Abhilfe getan. In seinem Lande ist die Behandlung der Kriegsgelassenen so m. n. l. wie bei uns. Sie werden streng, aber gerecht gehalten. Wir danken dem Roten Kreuz an der Mitarbeit für die Verrichtung der Behandlung unserer Gefangenen.

Abg. Voelke (Soz.):

Bei der Entlassung der älteren Jahrgänge sollten zuerst die Familienväter berücksichtigt werden. Die Elfsäler dürfen hierbei nicht wieder zurückgesetzt werden. Bergarbeiter sind eingezogen worden, weil sie Konferenzen beimohnten, die sich lediglich mit Lohnfragen beschäftigten. (Hört, hört!) Auf den Erlaß des Generalstabes in der Ukraine werden wir bei Vorgespräch der Offiziere zurückkommen. Der elsässische Landtag ist in seiner Bewegungsfreiheit immer mehr beschränkt worden. In diesem Jahre hat man eine ganze Reihe Dinge festgelegt, über die dort nicht öffentlich gesprochen werden darf. Dazu gehörte auch der Lebensmittelmangel durch Offiziere. (Hört, hört!) Ist das denn auch eine militärische Einrichtung? (Sehr gut!) Solche Zustände erregen in der Bevölkerung natürlich steigende Mißstimmung. Der Landtag hat zum

## Protest gegen diese Beschränkungen

Beschloßen, von öffentlichen Verhandlungen überhaupt abzusehen. Den Zeitungen wurde verboten, diese Erklärung zu veröffentlichen. (Hört, hört!) Neben kritisiert einige Fälle der Unlauterkeit der Elsaß-Lothringer. Den elsässischen Ärzten, die u. v. u. m. sind, wird in keinem Falle gestattet, in ihre Heimat zurückzuführen. Die aus dem Dienst entlassenen 1888er müssen monatelang in den Kasernen herumtun, ohne Zutritt zu haben nach Elsaß-Lothringen zu erhalten. Eine harte Belastung der elsässischen Bevölkerung bildet die Brief- und Paketkontrolle. Die Verfehlungen gehen in Elsaß-Lothringen soweit, daß darunter ein Bauer, der in das Hochdorf reisen will, erst eine Zureiselaubnis braucht. Das Zivilwesen hat so überhand genommen, daß in Colmar ein Bureau eingerichtet ist, wo die Register über alle möglichen Kleinigkeiten bis in die Tausende gehen. Der Fall des Generals Rhode über den ich Beschwerde geführt hatte, ist noch immer nicht erledigt. In einem anderen Falle hat ein Hauptmann, der

einen Posten abrichtete,

weil er angeblich seinen Postenbereich überschritten hatte, nur acht Tage Stubenarrest erhalten, weil er „in Erregung“ gehandelt hatte. (Hört, hört!) Ein 19jähriger Kamerad, der besaß, der Posten habe seinen Bereich nicht überschritten, wurde daraufhin so drangsaliert, daß er sich schließlich vergiftete. (Hört, hört!) Ein Hauptmann, der wegen jeder Kleinigkeit herumtun, gehört nicht an seine Stelle. (Sehr richtig!) Man könnte tagelang über die Mißstände in Elsaß-Lothringen reden. Die große Masse der dortigen Bevölkerung ist kerndeutsch, aber demokratisch. Die Propaganda des überhöhen Nationalismus, wie sie jetzt von militärischer Seite dort betrieben wird, muß die gegenteilige Stimmung erzeugen. Die Tätigkeit des Prof. Bernward ist gerade ein Unheil für das Land. Ein freies Elsaß-Lothringen würde sich in einem freien Deutschen Reich, dem es organisch angegliedert ist, wohl fühlen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Op.):

Es geht und hier wie beim Belagerungsstand: wir fühlen die schmerzhafte Verbitterung gegen das Parlament. Dabei auch der sogenannte „Aufklärungsbericht“. Es soll kein allgemeines Verbot bestehen, mit Abgeordneten zu verkehren. Man bilde sich aber mit den speziellen Verböten. (Hört, hört!) Es ist doch die Soldaten so fürchten, es könne ein Verfehl mit Abgeordneten herabkommen. Die Entlassung der älteren Jahrgänge und der letzten Söhne muß beachtet werden. Einem alten Bauernpaar, das bereits vier Söhne verloren hatte, wurde die Entlassung des letzten Sohnes vom Militärvertretenden Generalkommando in Kommerz verweigert. Im 20. A. R. wurde einem Vater, der zwei Söhne verloren hatte und um die Entlassung der anderen bat, geantwortet: Warten Sie.

Bis die zwei anderen auch noch gefallen sind.

dann kann der letzte entlassen werden. (Wut-Rufe.) Vielleicht hat es eine Rolle dabei gespielt, daß der Mann 70 Jahre alt war. Solche Fälle müssen ungeheuer verbitternd wirken. Auf der anderen Seite ist man an der Front überzeugt, daß noch A. v. v. Leute dank ihrer Konventionen in den Schützengräben herumtun. Zur Bewachung und Fütterung von 8 Schweinen eines Kommandanten in besetzten Gebieten in Frankreich werden häufig 7 Soldaten und zwei Führer verwendet. (Hört, hört!) In solchen Dingen wird ungeheure Verschwendung getrieben. In Bukarest sollen 3700 deutsche Offiziere

herumlaufen. (Hört, hört!) Für die haben wir wirklich bessere Verwendung im Westen. Ganz unbedeutend ist die Zurücksetzung der Artillerie-Regimenten. (Sehr richtig!) Die Bezahlung der Roten-Kreuz-Sammlern ist viel zu gering. Interessant wäre eine Statistik, wieviel Freiwillige Offiziere geworden sind, die nicht das einjährige Freiwilligen-Examen gemacht hätten. Viele ausgezeichnete Piloten, ausserordentliche Leute, auf die das deutsche Volk stolz sein kann, wurden nicht Offiziere, sondern sind als Bizefeldwebel gefallen. Es soll ein Gedenkmal errichtet sein, daß die aktiven Offiziere möglichst hinter der Front verhandelt werden sollen. (Kriegsminister v. Stein: Kein Wort wahr davon!) Ich verkenne nicht die Verdienste der aktiven Offiziere, aber ungerecht bleibt die Zurücksetzung der Offiziere des Beurteilungstandes in der Beförderung, zumal diese sehr vornehmlich mit der Führung der Front betraut werden. — Die Mißstände im Auszeichnungswesen erregen sehr böses Blut. Ein General hat das Eisene Kreuz erster Klasse erhalten, obwohl er noch nie seinen Garnisonort verlassen hat. (Hört, hört!) Gerechte Behandlung, Löhnung, Beförderung und Urlaub sind die vier wesentlichen Forderungen der Soldaten. Was dem Soldaten als Tabak gegeben wird, ist zum Teil nicht einmal Laub, sondern nasse Stren.

Weg mit diesem Giftzeug!

Das Gesetz über die Strafmilderung ist eine plägende Rechtfertigung des Parlamentes. Doch Herr v. Falkenbach sah in der Verschärfung des Strafrechts die größte Gefahr für die Disziplin. Die ganze Rechtsprechung unserer Armee bedarf dringend der Revision. Das jetzige Weidwörterrecht ist ganz unbrauchbar; der Soldat kann keinen Gebrauch davon machen, ohne sich den größten Gefahren auszusetzen. Ganz unglaublich erscheint mir die Meldung, daß in einer Stelle jede Weidwörter mit Arrest bestraft wird. Das wäre ja geradezu sinnlos. Unsere Kritik will nicht Unzufriedenheit, sondern Abhilfe schaffen. Neue Reize braucht neue Methoden und Reformen. Dabei Sie Vertrauen zum Parlament, zu unserer Mithilfe. (Bravo! links.)

Kriegsminister v. Stein:

Wenn der Abg. Dr. Müller-Reinigen unserem Heere helfen will, dann darf er nicht derartige Verdächtigungen aussprechen, wie er sie geäußert hat. (Große Unruhe und Rufe links.) Ich meine die Verdächtigung gegenüber einer Gruppe von Leuten, die draussen ihr Blut vergießt und von denen der größte Teil bereits unter der Erde liegt. (Sehr richtig! rechts.) Dr. Müller-Reinigen hat behauptet, daß zugunsten der aktiven Offiziere Referentoffiziere ausschließlich an der Front verwendet würden. Das ist ein Gedanke, den Dr. Müller nicht einmal äußern durfte. (Große Unruhe links, Sehr richtig! rechts.) Gerade wenn Dr. Müller daran nicht glaubt, dürfte er die Sache nicht in die Öffentlichkeit bringen, denn er muß wissen, wie so etwas wirkt. (Sehr richtig! rechts, Unruhe links.) Dasselbe gilt von den anderen Sachen, von denen er behauptet hat, sie seien unglaublich. Wenn man etwas nicht glaubt, dann hat man auch nicht das Recht, es hier vorzubringen. (Lebhafte Zustimmung rechts, große Unruhe links.)

Abg. Feil (nall.): Die Behandlung und Verpflegung unserer Soldaten muß stets größte Aufmerksamkeit zugewandt werden. Jeder Vorgesetzte muß das Bewußtsein haben, daß unsere Soldaten das kostbarste Gut der Nation bedeuten. Unwürdig ist es, wenn man versucht, als krank oder verwundet Entlassene zum Verzicht auf Entschädigung zu bewegen. (Bravo!)

General von Wrisberg: Wir halten es für unsere Pflicht, Gegenmaßnahmen dagegen zu ergreifen, daß bolschewistische Ideen in die Armee

hineingetragen werden.

Das ist notwendig, nachdem die Volkseweil versucht haben, ihre Befreiung unseren gefangenen Soldaten beizubringen. Wenn das Militär beim Streik zur Verfügung gestellt wird, so nur, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Verbreitung gefährlicher Flugblätter darf nicht gestattet werden. Die Stimmung im Heere ist durchaus gut. Oder glauben Sie etwa, daß eine Armee in schlechter Stimmung solche Taten vollbringen könnte, wie wir sie jetzt draussen sehen? (Bravo!)

General von Langemann: Wenn man Leute in den Bazarreten bewegt, auf alle Entschädigungsansprüche zu verzichten, damit sie entlassen werden, so ist das ein Unfug, den ich mich bemühen werde, aus der Welt zu schaffen.

Abg. Rupp (L.) begründet eine konservative Entschädigung, betreffend Erhöhung der Pferdepreise.

Die weitere Debatte wird vertagt.  
Abg. Dr. Müller-Reinigen (persönlich): Der Kriegsminister hat den Standpunkt vertreten, daß ein Abgeordneter eine Behauptung, die er für ungläubwürdig hält, hier nicht vorbringen dürfe. Diese Behauptung ist ebenso originell wie unrichtig. Es ist nicht Sache des Kriegsministers, uns Vorschriften zu geben. Er hätte mir dankbar sein müssen, daß ich ihm Gelegenheit gab, den weitverbreiteten Gerüchten über die inaktiven Offiziere öffentlich entgegenzutreten. Im übrigen hatte ich meine Behauptung auf Grund seines Jurists sofort in lokaler Weise zurückgenommen. Trotzdem hat es der Kriegsminister für nötig gehalten, in einem Ton der nicht der Lokalität meiner Ausführungen entsprach, gegen mich loszugehen. Er hat durch sein heutiges Auftreten den neuem bewiesen, daß er sich an den Ton im Parlament nicht gewöhnen kann. (Sehr wahr! links.)

Nächste Sitzung: Freitag, 12 Uhr. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schluss: 7 Uhr.

## Eine gewaltige Erhöhung des Brotpreises

Im Ernährungsbeirat brachten die Genossen Ullrich und Stube die das Gerücht von einer geplanten Erhöhung der Preise von Roggen und Weizen um etwa vierzig Prozent einschließlich der Frühbrudrprämie zur Sprache. Der Vertreter der Regierung, Unterstaatssekretär Dr. Müller, gab die Abkürzung und bestritt nur, daß eine Preiserhöhung in dem angegebenen Umfange erfolgen werde.

So wenig Nachahmenswertes unsere Agrarier in der Ukraine, in Oesterreich und Ungarn finden, eines imponiert ihnen dort gewaltig: der unglaublich hohe Stand der Getreidepreise. Ihn preisen sie als nachahmenswertes Vorbild.

Gewiß, in diesen Ländern ist der Brotpreis höher. Aber das beweist nur, daß die dortigen Regierungen viel schwächer als die deutsche waren und weder den Uebermut der Erzeuger zu zügeln, noch die Folgen der Geldentwertung einzuschränken verstanden. Die deutschen Agrarier verlangen, daß die deutsche Regierung kapituliert und dieselbe Schwäche beweist wie jene anderen Regierungen. Auch ein Zeugnis patriotischen Ehrgeizes!

Die gewaltige Heraushebung des Brotpreises fällt in eine Zeit, in der die Brottration verkürzt wird, in der die Beschaffenheit der Kartoffeln von Woche zu Woche schlechter wird, in der die Zufuhr von Gemüse und Obst stockt, in der das Unternehmertum an der Herabdrückung der Löhne zielbewußt arbeitet.

Die Verhältnisse scheinen schon soweit gediehen, daß ein völliger Verzicht auf die geplante Preiserhöhung nur mit großer Mühe wird erreicht werden können. Kann dieses Attentat auf die Lebenshaltung der schon unterernährten Großstadtbevölkerung nicht gänzlich abgelehnt werden, so müssen wenigstens alle Bemühungen auf eine mögliche

Ver minderung des Preisausschlags und auch seine Uebernahme durch das Reich konzentriert werden.

Eine weitere finanzielle Belastung des Reichs zu Nutz und Frommen von Sonderinteressen ist zwar bitter, aber zur augenblicklichen Milderung der trassen Not weitesther Volkschichten unbedingt nötig. Sie läßt zugleich die Hoffnung, daß sich auch der Reichsfinanzsekretär mit seiner ganzen Autorität gegen allzu unerschämte Forderungen wenden wird.

## Ernährungsfragen im Ausschuss des Reichstages.

Am Donnerstag begannen die Verhandlungen über Brot, Getreide, Mehl und Backwaren. Von Abgeordneten Brünne und Genossen wird beantragt, durch eine Bundesratsverordnung zu bestimmen, daß das abzuliefernde Getreide nur im gereinigten Zustande abzuliefern sei und daß den Erzeugern hierbei das Interkorn als Abgang aus dem Getreide zur Verwendung in der eigenen Wirtschaft zu entnehmen gestattet ist, und zwar bei einer Gesamternte bis einschließlich 10 Zentner 20 Prozent, bis 100 Zentner 10 Proz. bis 1000 Zentner 5 Proz. und über 1000 Zentner 3 Proz. Ullrich (Soz.) richtet an das Kriegsministerium die Anfrage, ob eine Erhöhung der Getreidepreise in Aussicht genommen sei. Angeblich solle der Grundpreis um 35 bis 40 M. und die Druschprämie auf 80 bis 100 M. erhöht werden, das wäre fast eine Verdoppelung der bisherigen Preise. Eine solche Preiserhöhung bedeute für eine fünfköpfige Familie eine Mehrausgabe von 75 bis 100 Mark. Stubbe (Soz.) wendet sich energisch gegen eine Erhöhung der Getreidepreise und bringt die Vorstellung des Volkstrotts nach dem Grobischen System zur Sprache, wodurch erhebliche Ersparnisse an Brotgetreide erzielt werden sollen. Unterstaatssekretär Dr. Müller gibt Auskunft über die in Aussicht genommene Erhöhung der Kornpreise, worüber noch der Beirat zu beraten habe, bevor der Bundesrat endgültig beschließt. Er könne aber schon jetzt erklären, daß eine Erhöhung, wie sie angebetet werde, nicht in Frage komme. Die Druschprämie müsse gewährt werden, um die Landwirtschaft zum schnellen Abliefern des Getreides anzureizen.

Stubbe (Soz.) wendet sich nochmals gegen jede Erhöhung der Getreidepreise, die einen Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung hervorrufen würde. Es müßte vom Ernährungsaußschuß alles aufgegeben werden, um eine Verteuerung des Brotes zu verhindern. Regierungsrat Kleiner: Im Jahre 1916 sei der Versuch gemacht, das Interkorn bis zu 8 Proz. unter Kontrolle freizugeben. Die Folgen waren, daß nach der Bestandaufnahme die stärksten Maßnahmen getroffen werden mußten, um das entstandene Risiko wieder einzubringen. Nachdem die Ernährung so schwierig geworden ist, wäre es unverantwortlich, das Interkorn freizugeben. Bei einer Ernte von nur acht Millionen Tonnen müßten nach dem Antrage 670000 Tonnen Korn freigegeben werden. Dadurch würde in unsere Versorgungswirtschaft ein Loch geschlagen, das wir nicht wieder zustoßen können. — Abg. Ullrich (Soz.): Die Differenz in der Erntestatistik beweise, daß viel Getreide verfault wurde oder auf dem Schleichwege verkauft ist. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Landwirtschaft gute Verdienste erzielt habe. Die in Aussicht genommene Getreidepreise bringen das Jag zum Ueberlaufen.

## Zur Feier der Litauischen Unabhängigkeit.

Der Abg. Erzberger hat im Reichstag folgende Anfrage gestellt:

Den Vertretern des Litauischen Landrats (Taryba) wurde am Sonntag vor Ostern (24. März) bei einer Besprechung mit dem Herrn Reichsminister erklärt, daß sie alsbald nach Litauen zurückreisen müßten behufs Anteilnahme an der unmittelbar am Gründonnerstag bevorstehenden litauischen Unabhängigkeitsfeier; gleichzeitig wurde in bestimmter Aussicht gestellt, daß sie behufs Aufnahme der Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Litauen bereits am 4. April in Berlin wieder eintreffen könnten. Die litauische Unabhängigkeitsfeier hat bis heute nicht stattgefunden. Den Vertretern des Litauischen Landrats ist aber trotz wiederholten Ersuchens bis heute nicht gestattet worden, nach Berlin zu reisen, um die von der Taryba gewünschten Vertragsabmachungen mit Deutschland abzuschließen.

In den letzten Wochen haben Vertreter der Taryba, darunter der Präsident Smetona, wiederholt der deutschen Okkupationsbehörde den Antrag unterbreitet, behufs Regelung dringender litauischer Angelegenheiten mit der Apostolischen Mission in München in persönliche Verhandlungen zu treten. Die Gesuche der Vertreter der Taryba, die Reise nach München zu unternehmen, sind von der deutschen Okkupationsbehörde abgelehnt worden.

Ist der Herr Reichsminister bereit, die Gründe für dieses Verhalten bekanntzugeben? Ist der Herr Reichsminister ferner bereit, den Vertretern der Taryba die notwendige Freiheit behufs Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen zu geben und die dringend notwendige Reise nach München zu gestatten?

## Ein Höchstmaß an Zumutung.

Das „Höchstmaß“ der Männerkleidung.

Ein Anfrage des Abg. Rudloff besagt:

Die Reichsweidungsstelle hat auf Grund der ihr durch die Bundesratsverordnung vom 22. März 1917 übertragenen Vollmacht die Sammlung getragener Oberkleidung für Männer angeordnet und deren Durchführung den Gemeinden übertragen.

Nach den von verschiedenen Gemeinden zu dem Zwecke erlassenen Bestimmungen ist als gefälliges „Höchstmaß an Männerkleidung“ ein Sonntag, und Vertagsanzug festgesetzt worden. Von der Bestandaufnahme sind diejenigen befreit, die einen Anzug freiwillig abgeben.

Ist der Herr Reichsminister der Ansicht, daß diese Maßnahme noch im Rahmen der Bundesratsverordnung vom 22. März 1917 gelegen ist?

Ist er insbesondere bereit, dahin zu wirken, daß die daraus für bestimmte Berufsgruppen sich ergebenden besonderen Härten gemildert werden und die Sammlung gerecht durchgeführt wird?

Ich beauge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Gegen eine derartige „Höchstmaßfestsetzung“ muß namentlich im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung auf das schärfste protestiert werden. Der Reiche erhält, wenn er einen abgetragenen Anzug abgibt, einen Bezugschein und kann sich einen neuen kaufen. Was aber soll der Kermere tun, wenn die zwei ihm gnädig belassenen Anzüge mit der Zeit ihren Dienst versagen. Soll er für 500 Mark einen neuen Anzug kaufen, nachdem man ihm seinen letzten Referat für vielleicht 5 Mark enteignet hat? Er wird einfach in Lumpen gehen müssen. Dann setze man doch schon gleich als „Höchstmaß der Männerkleidung“ — ein Feigenblatt fest!

August Scherl Kriegerverein. Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen und einen dauernden Abonnentenkreis für seine „Deutsche Kriegszeitung“ zu schaffen, hat jetzt auch der geschäftsführer „Lokal-Anzeiger“ Verlag von August Scherl G. m. b. H. eine Kriegsteilnehmerorganisation gegründet. Sie nennt sich „Freie Vereinigung deutscher Kriegsteilnehmer“ und bezweckt, Scherls Kriegszeitung zu einer möglichst hohen Auflage zu verhehlen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Das Kriegssamt gegen geheime Konkurrenzklaukeln.

Die vor einiger Zeit bekannt wurde, haben 19 große Firmen der Berliner Eisenindustrie miteinander eine geheime Konkurrenzklaukel verabredet, nach der keine von ihnen Angestellte einer anderen Firma engagieren sollte, so lange diese in Stellung seien; erst nach längerer Karenzzeit sollte ihre Einstellung frei werden. Auf diese Weise wollte man es den Angestellten unmöglich machen, durch einen Wechsel ihrer Stellung ein höheres Gehalt zu erlangen.

Zahlreiche Angestelltenverbände haben gegen diese Abrede ihren Widerspruch erhoben und sich beschwerdeführend an das Kriegssamt gewandt. Dieses hat jetzt entschieden, daß solche Vereinbarungen, wenn sie das Fortkommen der Arbeitnehmer in unbilliger Weise erschweren und mit den Bestimmungen und dem Geist des Heiligschutzgesetzes in Widerspruch stehen, vom Kriegssamt nicht gebilligt werden können. Es solle von solchen Vereinbarungen künftig Abstand genommen werden, und die Kummerkammer der Kriegssamtsstellen bei den einzelnen stellvertretenden Generalkommandos wird ganz besonders darauf gelenkt, derartige Vorgänge zu beachten.

## Eine zeitgemäße Gegenüberstellung.

Denjenigen, die fortgesetzt auf die hohen Kriegslöhne der Arbeiterzeit verweisen und deren Abbau fordern, dürfte folgendes Inserat aus der „Köln. Zeitung“ zu besonderen Betrachtungen Veranlassung geben:

10 000 Mark Verdienst in 14 Tagen.

Für sechs vorliegende Aufträge an Rüstungsindustrie kurzfristig

50 Mille

gekauft gegen vollständige Sicherheit und Beteiligung zu 25 Prozent des Verdienstes. Für Kapitalisten denkbar bestes und sicheres Geschäft.

Offerten nur von Selbstgebern unter „S. 981“ an Annoncen-Expedition A. S. Heister, Dortmund.

Es werden also 25 Proz. des Verdienstes mit 10 000 M. bewertet, und zwar in 14 Tagen. Das wäre für ein Jahr 26 x 10 000 M. = 260 000 M. Mark, also eine fünffache Vervielfältigung des eingesetzten Kapitals! Und dabei stehen noch 75 Proz. Verdienst aus!

Zur Ergänzung vorstehenden wucherischen Gewinnangebots derweilt die „Verarbeiter-Zeitung“ auf folgendes Inserat aus dem „Sachverständigen Stadtblatt“:

Zu 27 Pfennig Stundenlohn werden einige

Arbeiter und Arbeiterinnen

sofort eingestellt.

M. Bam u. Co.

M. Bam u. Co. sind Inhaber einer Fabrik für mechanische Papierhüllen. Es gibt Industrielle, die noch weniger Lohn zahlen, nämlich 16 bis 25 Pf. für die Stunde. Bei einem so elenden Verdienst muß in Anbetracht der gegenwärtigen Teuerung die Not der Arbeiterschaft geradezu unerträglich sein. Für das bloße Hinleihen einer bestimmten Geldsumme werden innerhalb 14 Tagen 25 Proz. Kriegsgewinne zugesichert. Dieser „Schwarzarbeiter“ verdient 10 000 M. in zwei Wochen im Schlaf auf dem Faulbett. Den wirklichen Arbeitern und Arbeiterinnen aber werden 27 Pf. Stundenlohn zugesichert!

Dem ersten Schriftleiter der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ möchten wir empfehlen, diese beiden Inserate demnächst als Gegenstand seiner gewöhnlichen Betrachtungen über das übliche Thema: „Was leidet die Zeit?“ zu nehmen.

# Wo bleiben die Kriegslohnzulagen für das Werkstattpersonal der städtischen Straßenbahnen?

Das Werkstattpersonal der städtischen Straßenbahn und das der Siemens-Gesellschaft, die nur noch der Firma noch eine Verbands-Gesellschaft ist, im übrigen aber ganz unter städtischer Verwaltung steht, nahm in einer letzten gut besuchten Versammlung Stellung zu dem Stande ihrer Bewegung um Erhöhung der Kriegslohn- bzw. Konjunkturzulagen.

Vereits am 25. April er. sind mit dem Verkehrs-ausschuss Verhandlungen, an denen auch ein Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Kollege Kamrowski teilnahm, geführt worden. Der Vertreter des Magistrats, Herr Stadtrat Breuh, gab am Schlusse der Verhandlungen die Versicherung, daß eine Erhöhung gewährt werden solle, sobald die imwährenden Lohnregelungen bei der Großen Berliner Straßenbahn erfolgt seien. Ueber die Höhe der Zulagen war vom Vertreter des Magistrats eine bestimmte Zusicherung denn auch nicht zu erlangen, weil die Regelungen bei der Großen Berliner richtunggebend sein sollten.

Nun hat ab 23. Mai er. das Werkstattpersonal der Großen Berliner die Lohnherabsetzung erhalten. Dadurch sind die Löhne gegenüber denen bei der städtischen Straßenbahn um 6 bis 11 Pf. für die Arbeitsstunde gesunken bzw. höhere geworden. Trotz dieser neuen Zulagen kann nicht gesagt werden, daß die Lohnverhältnisse des Werkstattpersonals der „Großen Berliner“ bei Berücksichtigung der gegenwärtigen maßlosen Teuerung überaus günstige sind. Es hat denn auch das Personal der städtischen Bahnen allen Grund, mit den gegenwärtigen Löhnen unzufrieden zu sein, um so mehr, als sie ganz beträchtlich gegenüber den Löhnen des Privatbetriebes zurückbleiben.

Die volle Berücksichtigung des Antrages, den der Arbeiter-ausschuss im Januar d. J. stellte, eine Erhöhung der Zulagen um 15 Pf. für die Arbeitsstunde, ist das Mindeste, was die Arbeiter gerechtfertigterweise verlangen. Die ab 1. Februar er. bewilligte Schichtlohnzulage von 35 Pf. pro Tag für Vorarbeiter und Handwerker und 40 Pf. pro Tag für Arbeiter hat die Arbeiter nicht nur nicht zufrieden gestellt, sondern erst bei ihnen den Unwillen über die Art der Behandlung ihrer Anträge durch die Betriebsleitung in sehr unliebbamer Weise wachgerufen. Lediglich Unwillen brachte auch das Personal der Siemensbahn zum Ausdruck, wo die Lohnverhältnisse noch ganz besonders rückständig sind. Die Versammlung nahm folgende Entschließung an:

Die heutige am 12. Juni er. tagende Versammlung des Werkstattpersonals der städtischen Straßenbahn (einschließlich der Siemensbahn) nimmt Kenntnis von dem Stande der Verhandlungen um Erhöhung der Kriegslohn- bzw. Konjunkturzulagen. Die Versammelten sprechen ihren lebhaften Unwillen aus über die lange Verzögerung der vom Verkehrs-ausschuss angelegten Verhandlung bzw. Bewilligung der beantragten Zulagen. Die Versammelten erwarten, daß die von der Arbeiterschaft gestellten Anträge um Erhöhung der Kriegs- bzw. Konjunkturzulagen, mit Rücksicht auf die fortgesetzte und enorme Steigerung aller Warenpreise, volle Berücksichtigung finden. Die Verhandlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird beauftragt, die geeigneten Mittel und Wege, um die Erhöhung der Zulagen durchzusetzen, in Anwendung zu bringen, gegebenenfalls die Schlichtungsstelle des Kriegsausschusses anzurufen. Die Versammelten verpflichten sich, der Organisation unbedingte Folge und Unterstützung zu leisten und gleichzeitig für ihre Verhärtung größtmögliche Sorge zu tragen.

## Der Mitgliederstand des Verbandes der Gut- und Filzwarenarbeiter

betrug am 31. Mai 1918 insgesamt 8885, 2278 männliche und 6607 weibliche Mitglieder. Davon waren am genannten Tage in Arbeit 5088, arbeitslos 3196 und erwerbsunfähig 551 Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit hat demnach in diesem Industriezweig einen erheblichen Grad erreicht. Von ihr wurden fast nur die weiblichen Mitglieder erfaßt; sie waren mit 3196 gegenüber 60 männlichen Mitgliedern arbeitslos. Beim Militär befanden sich 2938 Militärlöhner.

# Soziales.

## Ein kommunalpolitisches Aktionsprogramm.

Der sozialdemokratische Bezirksvorstand für Schleswig-Holstein hat zur Prüfung der Fragen der Uebergangspolitik in der Gemeinde einen Ausschuss eingesetzt, der jetzt ein kommunalpolitisches Aktionsprogramm veröffentlicht, das in Zukunft die Richtlinien für die Tätigkeit unserer Schleswig-Holsteinischen Gemeindevertreter bilden soll. In den Aufgabebereichen des Ausschusses gehört die Erörterung aller Maßnahmen der provisorischen Kommunalpolitik im Rahmen des sozialdemokratischen Aktionsprogramms, die Festlegung von Vorschlägen für die kommunalpolitische Tätigkeit der Partei, deren Ausführung dem Bezirksvorstand anheimgefallen wird und die Errichtung einer Arbeitsstelle für sozialdemokratische Gemeindepolitik.

In den Richtlinien für die Uebergangspolitik sozialdemokratischer Gemeindevertreter wird zunächst unter Verfassungsfragen eine Herabsetzung des Wahlalters, Gewährung von Wahlen an Stadterwählte weibliche Mitarbeiter in den Kommissionen und die Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage verlangt. Vom Staat wird gefordert die Uebernahme der Schul- und Armenlasten, eine Reform der Städte- und Landgemeindeförderung, die Vermehrung der Steuerquellen der Gemeinden, das Recht der Gemeinden auf Errichtung lokaler Monopole, (u. a. Wohnungs- und Gemütsmittel, Lichtwärter, Verkehrsmittel und Versorgung mit Licht, Heizung und Wasser), die Erleichterung der Bildung von Zweigverbänden, eine Reform des Wahlrechts zu den Kreis- und Provinzialparlamenten und eine Vereinfachung der Wahlrechtordnung in Folge Armenunterstützung. Als Grundlage der kommunalen Finanzen soll zunächst ein Plan zur Tilgung der Kriegsschulden unter möglicher Entlastung der wirtschaftlich Schwachen festgelegt werden. Daneben soll eine möglichst weitgehende Steuerautonomie den Gemeinden gestattet werden, insbesondere auf die Einkommen- sowie auf die Grund- und Gebäudebesteuerung.

Unter den Schulfragen soll der Kampf gegen die Ueberfüllung der kommunalen Lehranstalten weiter fortgesetzt und die Abschaffung der Vorarbeiten an höheren Lehranstalten durchgeföhrt werden. Vorschläge für eine Reform, um den Uebergang von einem Schulsystem nach einem höheren zu ermöglichen, sind in dem Programm noch nicht enthalten. Für die Fortbildungsschule wird die Einführung des Tages- und Turnunterrichts gefordert. Für planmäßige Ernährung der Schulkinder soll ein Teil der bestehenden Kriegsschulden aufrechterhalten werden. Die Lehr- und Lernmittel sollen im großen von den Gemeinden eingelauft und zum Selbstkostenpreis an die Kinder abgegeben werden.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot werden die in letzter Zeit allgemein bekannt gewordenen Forderungen aufgestellt, insbesondere die Errichtung von Ledigenheimen, Kriegerheimstätten, und zur Bekämpfung der nötigen Materialien wird der Betrieb von Ziegelfabriken oder Steinfabriken in städtische Regie gefordert.

Die umfangreichsten Forderungen erheben die Richtlinien in bezug auf die Nahrungsmittelversorgung. Im Interesse der Volksgesundheit und auch aus finanziellen Gründen sollen eingerichtete werden: Gemüsehändler, Milchzentralen, Molkereien, Fleischerereien, Speiseanstalten, Schankwirtschaften, Schweinehältereien, landwirtschaftliche Betriebe und Brauereien. Der Förderung der sozialen Aufgaben sollen dienen: Lebensmittel-, Arbeits- und Wohlfahrtsämter, die wieder in Untereinrichtungen geteilt das ganze umfangreiche Gebiet bearbeiten sollen.

Die aufgestellten Richtlinien drücken einen starken Willen zur positiven Mitarbeit in den Gemeinden aus, sodas auch andere Bezirksverbände dem Beispiele Schleswig-Holsteins folgen sollten.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metzgerarbeiter. (B. a. G.) Hamburg. Filiale Baumkultenweg. Den Mitgliedern, welche in Treptow wohnen, zur Kenntnis, das am Sonnabend, den 15. abends von 8<sup>1/2</sup>-10 Uhr, im Lokal von Dorch, Eisenstr. 100, Ecke Kiehlholstraße, stattfindet.

Verantwortlich für Politik: Erich Suttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Herausg. I. Keller und Unterbergshausen.

# Verein für das Deutschtum im Auslande

# Livland-Estland-Ausstellung

## Eröffnung morgen Sonnabend, den 15. Juni, 2 Uhr nachmittags

# Königliche Akademie der Künste

Pariser Platz 4

### Deutsches Theater.

Allabendl. 8: Max Fallenberg in **Famille Schimek.**  
Kammerspiele.  
Allabendlich 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Inkognito.** (Operette).  
Volkstheater, Th. a. Blöwpl. Untergrund: Schön. Tor. Allabendlich 7<sup>1/2</sup> Uhr: **General Zerok.** (Vaterland).

### Theater des Westens

Allabendlich 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Leopoldine Konstantin** in **Die Tänzerin.**

### Theater Königgrätzerstr.

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Die Schwestern und der Fremde.**

### Komödienhaus

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Die Zarin.**

### Berliner Theater

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Blitzblanes Blut.**

### Theater der Friedrichstadt.

Ecke Friedrich- u. Linienstr. 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Jugend.** 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Die erste Geige.**

### Theater für Freitag, 14. Juni.

### Central-Theater

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Die Csardasfürstin.**

### Deutsches Opernhaus

7 Uhr: **Fidelio.**

### Friedrich-Wilhelmst. Theater

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

### Kleines Theater

8 Uhr: **Aristid und seine Fehler.** Bassermann.

### Komische Oper

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Schwarzwalddmadel.** Sonnt. 3<sup>1/2</sup> Uhr: **Die Kinokönigin.**

### Lustspielhaus

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Die blonden Mädels v. Lindenhol.**

### Residenz-Theater

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Flimmerklärchen**

### Thalia-Theater

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Unter der hübschen Linde**

### Metropol-Theater

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Die Rose von Stambul.**

### Neues Operettenhaus

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Der Soldat der Marie.**

### Schiller-Theater O

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Der Leibalte.**

### Schiller-Th. Charl.

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Ein Erfolg.**

### Theater am Nollendorfplatz

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Was alle Oysterfresser**

### Wintergarten

Gastspiel der Komischen Oper 8 Uhr: **Ohne Männer kein Vergnügen.**

## Klar zum Gefecht

Ein Marinespiel von Heinrich Gilardone

Im I. Akt: Teingtan macht mobil  
War-Kü-Jung Harry und Jungs  
Die Mappe mit den Geheimdokumenten

Im II. Akt: Im Rauchsalon des Luxusdampfers  
Der geheimnisvolle Japaner  
Der Raub der Dokumente  
Ein tapferes deutsches Mädchen  
Von Japanern gekapert

Im III. Akt: S. M. Hilfskreuzer Wiking  
Tropen-Nacht  
Seemannsspiele  
Die Neptun-Taufe  
Die Seeschlacht  
Max-Nanni  
Unter d. Heimatwimpel

Erstaufführung morgen abend 7<sup>1/2</sup> Uhr

# PALAST-THEATER

AM ZOO

Schirmherr: S. Königl. Hohoht Prinz Heinrich von Preußen.

### National-Theater

8<sup>1/2</sup> Uhr: **Mäuschen.**

### Rose-Theater.

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Bambulezchen.**  
Gartenbühne: **Aha! Was Neues!**

### Walhalla-Theater.

7<sup>1/2</sup> Uhr: **Donauflößen.**  
Gartenb.: **Die lieben alten Mädel.**

### Büsch

Nur noch 4 Tage!  
Das große Abschieds-Programm mit der beliebtesten Ausstattung-Pantomime „Frühlingsspiele“ und den lustigen Wasserszenen! Schluß der Spielzeit Montag, den 17. Juni.

### Concordia - Lichtspiele

Andreasstraße 64.

### Eva Speyer

in dem erschütternden Schauspiel **Wär' ich geblieben auf meiner Heiden.** Dazu Egged Nissen in **Der geigende Tod.** Ferner das reizende Lustspiel **Fritzens erste Liebe.**

### Berliner Prater-Theater

Ballantinsallee 7-9. Täglich 4<sup>1/2</sup> Uhr: **Im Wolkentaxameter.** Große Hosen-Revue in 6 Bildern. Dazu die groß. Spezialitäten

### Schloßbrauerei Schöneberg

Hauptstr. 122/123. Freitag, 14. Juni: **Gesangsaufführung** des **Schöneberger Männerchors.** Leitung: Musikdirektor Raskin. Außerdem: **Militärkonzert - Varieté.**

### DER „HIAS“

Täglich 7<sup>1/2</sup> Uhr abends

### Walhalla-Theater

Weinbergsweg

### Trianon-Theater

31. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2891 S. U. Zum 286. Male: **Der Lebensschüler.** Kaiser-Titz, Bildt, Flink. Sonnab. nachm. 4 Uhr kl. Pr.: **Schneewittchen.** Sonntag 4 Uhr: **Hedda Gabler.**

### Reichshallen-Theater.

Allabendlich 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Großes Blüthgen-Konzert.**

### Schweizergarten

Am Rönigtor **Am Friedrichshain 29-32.** Größter und schönster Garten Berlins. Ueber 5000 Sitzplätze. Saal für 1000 Personen. Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitätenvorstellung.** Anfangs Wochenl. 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

### Admiralspalast.

Die Prinzessin von Trapani  
Sajdan  
Deutsche Tänze  
7<sup>1/2</sup> Uhr 2, 3, 4, 5, 6 M.

Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung. Stadtverordneten-Versammlung.

In der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, die in Münster am 1. April d. J. ins Leben getreten ist, soll auch von Berlin ein voller Arbeitsplatz für Aerzte der Irrenanstalten und der Anstalt für Epileptische belegt werden. Die Kosten werden für 1918 4000 M. betragen. Die Versammlung stimmt zu.

Vom 15. Juni d. J. ab, an welchem Tage die Berliner Sparkasse 100 Jahre besteht, sollen Geschenks-Sparbücher mit einer Einlage von je 1 M. für jedes von diesem Tage ab neugeborene Berliner Kind zur Einführung gelangen. Bei schon 4 vorhandenen Geschenksbüchern soll die Einlage auf 10 M. erhöht werden. Es wird mit einer jährlichen Ausgabe von 65 000 M. gerechnet. Die Bücher sollen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres der Kinder gesperrt sein. — In der Debatte wird auf Anregung des Stadtv. Böhm (Soz.) festgestellt, daß selbstverständlich auch die unehelichen Kinder dieses Geschenks teilhaftig werden sollen. Ein Antrag Liebenow (Linke) auf Ausschlußberatung wird zurückgezogen. Die Vorlage gelangt einstimmig zur Annahme.

Die Vorkaufsmittel im Etat für 1918 sind schon jetzt fast aufgebraucht. Der Fonds von 4 Millionen Mark wird daher um 1 1/2 Millionen Mark verstärkt.

Die Vorlage wegen Beschaffung eines Röntgenapparats für Tiefentherapie zum Betrage von 33 000 M. einst. Montag will Stadt. Dr. Wehl (U. S.) einem Ausschuss überweisen. Es wird so beschloffen und der Ausschuss sofort ernannt.

Die Stadtv. Varkowski u. Gen. (Soz.) beantragen, den Magistrat zu ersuchen, den Gemeindevorstand über die Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen einer Neuregelung zu unterziehen. Insbesondere soll denjenigen Personen, die infolge Kriegesbeschädigung dienstunfähig geworden sind und die nach den bisherigen Bestimmungen zwar eine Anwartschaft besitzen, aber noch keinen Anspruch auf Ruhegeld erworben haben, Ruhegeld schon dann gewährt werden, wenn sie vor ihrer Einziehung zum Kriegsdienst bereits ein Jahr ununterbrochen in städtischen Diensten standen. Was ist die Bestimmungen über das Witwen- und Waisengeld entsprechend neu zu regeln.

Stadtv. Dittmer (Soz.) gibt die Begründung. Der Beschluß besteht schon seit 1901 und habe nur geringe zeitgemäße Ausgestaltungen erfahren. Der Krieg und seine lange Dauer mache einen Fortschritt im Sinne des Antrags unumgänglich. Eine große Zahl von Kommunalen habe dieses Zugehörnis schon gemacht, so noch jüngst im April 1918 Neukölln. Die Kriegserfahrungen hätten gezeigt, daß Handarbeit noch auch für die Menschheit recht wertvoll ist, daß schäblichen Hand- und Kopfarbeit nur ein gradueller, kein prinzipieller Unterschied besteht. — Stadtv. Franke: Die gewollte Neuordnung muß auch die Beamten mit umfassen. Auch über die einjährige Beschäftigung wird noch zu reden sein. — Stadtv. Warentzin (U. Soz.) äußert sich ähnlich wie die Antragsteller und will von einer einjährigen Karenz überhaupt nichts wissen. — Der Antrag geht an einen Ausschuss.

Die 1917 fällig gewesen regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Versammlung beschließt der Magistrat um ein weiteres Jahr, bis 1918, mit der Wirkung zu verschieben, daß für das Dritte, welches 1917 hätte auscheiden müssen, das Mandat noch 4 Jahre, für das 1919 turnusmäßig auscheidende Dritte das Mandat 6 Jahre läuft. Stadtv. Dr. Wehl spricht im Interesse der Wähler für die Verschiebung der Wahlen. Auch Stadtv. Brunns (Soz.) anerkennt, daß es wünschenswert wäre, die Wahlen stattfinden zu lassen, aber die durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen lägen ebenso jetzt wie im Jahre 1917. — Stadtv. Kommsen (Fr. Fr.) meint, daß gerade die inzwischen eingetretene Spaltung in der sozialdemokratischen Partei, auf die Dr. Wehl sich für seine Stellungnahme zu der Vorlage bezog, für diese spreche. Auch sei Rücksicht auf die Eventualität einer Landtagswahl im Herbst zu nehmen. — Die Vorlage wird angenommen.

Groß-Berlin

Die Obst- und Gemüseversorgung.

Die Versorgung mit Obst und Gemüse gehört wegen der Verletzlichkeit der Produkte sicherlich zu den allerwichtigsten Fragen unserer gesamten Lebensmittelversorgung. Es ist daher notwendig, daß die behördlichen Organisationen, welche diese Versorgung durchzuführen haben, die Zustände auf dem Gebiete sehr genau beobachten und sofort zu Abhilfemaßnahmen greifen, wenn sich Mängel bemerkbar machen. Gerade auf diesem Gebiete werden ausgebildete Organisationen gebraucht, welche äußerst anpassungsfähig sind und nicht eigenmächtig an alten überlieferten Anschauungen festhalten.

Die diesjährigen Mängel in der Versorgung beginnen nun wieder mit der Festlegung von Höchstpreisen. Seitdem ist und bleibt die Ware vom Markt verschwunden. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, der natürlich dieses Verschwinden nicht unbemerkt blieb, hat dieses Ereignis mit den Klebliegen am Ende des vorigen Monats zu entschuldigenden versucht. Aber inzwischen ist das Wetter bedeutend wärmer geworden und trotzdem ist die Ware nicht reichlicher auf den Markt gekommen. Man sieht sich infolgedessen in der Reichsstelle nach neuen Erklärungen um und teilt der Bevölkerung, wie immer, wenn die Preise nicht genügen und Waren zurückgehalten werden, mit, daß ein großer Teil der Ernte, besonders der Stachelbeeren, vernichtet ist. Es sind Nachfrüchte, Schädlinge und Krankheiten, die dieses verursacht haben. Besonders hoch ist nur, daß bis Anfang Juni von Schäden in einem derartigen Umfange nichts zu spüren war. Nach den Mitteilungen des deutschen Pomologenvereins wurde auf Grund der bis zum 15. Mai eingegangenen Berichte von Sachverständigen aus den deutschen Obstbaugebieten festgestellt, daß trotz der kalten Apriltage, Nachfrüchte, Schädlinge und Krankheiten die Obsterte in den meisten Bezirken „als gut im allgemeinen in ganz Deutschland bezeichnet wurde“. Wenige Tage nach der Zustellung dieses Berichtes, als sich inzwischen die Wirkung der Höchstpreise bemerkbar gemacht hatte, sah sich dann die Reichsstelle veranlaßt, der Presse eine Mitteilung zugehen zu lassen, wonach der Schaden bei der Obsterte ein beträchtlicher sei. Aber die Reichsstelle war vorsichtig genug, darum zu bitten, daß sie als Quelle dieser Notiz nicht genannt werde. Welche Gründe sie dazu hatte, ist uns unbekannt.

Der jetzige Mangel ist demnach zurückzuführen, daß wohl vermuthungsweise die Reichsstelle für Gemüse und Obst Höchstpreise festsetzt, aber keine Maßnahmen getroffen hat, um nun auch die Ware auf den Markt zu schaffen. Dem „ehrlichen freien“ Handel genügen die zurzeit bestehenden Höchstpreise nicht, und da er die Ware in die Hand bekommt, so ist er einseitig noch der Mächtigere und verkauft die ankommenden Mengen über den Höchstpreis an alle bewährten Händler. Will die Reichsstelle diese geradezu

flandaischen Zustände beseitigen und der Bevölkerung die Waren zu den festgesetzten Höchstpreisen zukommen lassen, so wird sie energisch zugreifen müssen und versuchen, die Waren zu erfassen, um sie eventuell durch die Kommunen verteilen zu lassen. Auch für die Kommunen muß bei der Verteilung das Allgemeininteresse vorherrschend sein und nicht die Rücksicht auf die Handelskreise. Bei den kommunalen Verteilungstellen müssen genügend Kontroll-einrichtungen geschaffen werden, daß die Ware den Verbrauchern auch zu den Höchstpreisen zufließt. Ständen wir noch im ersten Kriegsjahr, so könnten die behördlichen Organe den eingetretenen Schwierigkeiten die Küdere gegenüberstellen, daß sie die Dinge nicht voraussehen konnten; aber jetzt im vierten Kriegsjahr werde man der Bevölkerung gefälligst mit derartigen Redensarten vom Galse. Die Versorgung mit Gemüse und Obst hat im vorigen Jahr genau dieselben Schwierigkeiten wie in diesem gezeigt. Daraus hätte man lernen und nicht wieder die ausgefahrenen Weise benutzen sollen. Es wird Zeit, daß sofort und gründlich Remedur geschaffen wird.

Die Reichsstelle für Obst und Gemüse teil uns mit: „Für den Bezirk der staatlichen Verteilungstelle Groß-Berlin werden demnächst neue Höchstpreise für Frühgemüse und Frühobst bekanntgegeben werden, die hinsichtlich der Erhöhen eine nicht unbeträchtliche Erhöhung aufweisen. Diese Erhöhung (auf 1,20 M. Erzeugerpreis je Pfund) ist dadurch notwendig geworden, daß die Erdoberernte infolge der großen Trockenheit allgemein die Erwartungen nicht erfüllt hat.“

Dagegen bleiben die Preise für Möhren und längliche Karotten hinter den von Erzeugern aus der Provinz Brandenburg gewünschten Erzeugerpreisen wesentlich zurück. Diese knappe Bemessung des Höchstpreises erfolgte, weil von den an der Preisfestsetzung beteiligten nord- und mitteldeutschen Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst übereinstimmend berichtet wurde, daß die Möhren und länglichen Karotten heute noch sehr stark in der Entwicklung zurück seien. Die vorzeitige Aberntung würde den Gesamttertrag so erheblich verringern, daß im Interesse der Volksernährung jetzt die Preise niedrig gehalten werden müssen, um den Anreiz für zu frühzeitige Aberntung zu nehmen. Später werden die Höchstpreise für Möhren je nach Ausfall der Ernte bestimmt.“

Das Groß-Berlin der Berliner Vorortgemeinschaft.

Im Bürgeraal des Friedenauer Rathauses fand die erste Mitgliederversammlung der Berliner Vorortgemeinschaft im Kreise Teltow statt. Der Vorsitzende, Bürgermeister Walger, erstattete den Geschäftsbericht über die bisherige Tätigkeit des Vorstandes und des Verwaltungsrates, aus dem die bereits mitgeteilte Tatsache der Fühlungnahme mit dem Bürgerausschuss Groß-Berlin hervorzuhellen ist.

Ueber die vom Verwaltungsrat im Entwurf aufgestellten Leitfäden für die Verfassung Groß-Berlins, die der Mitgliederversammlung vorlagen, berichtete Bürgermeister Dr. Wendorf (Radikal). Aus dem Entwurf der Leitfäden sei mitgeteilt, daß die V.V.G. eine Kommunalgemeinschaft der in wirtschaftlicher Einheit verbundenen Groß-Berliner Gemeinden zur Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten für notwendig erachtet. Hierzu bedarf der Verband Groß-Berlin, der in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht dazu geeignet sei, des Ausbaues. Hierbei sei aber grundsätzlich die Selbstständigkeit der Gemeinden zu wahren. Nach den Vorschlägen der V.V.G. sollen die Kreise Teltow und Niederbarnim nicht in ihrer Gesamtheit dem Verband Groß-Berlin eingegliedert, sondern es sollen nur diejenigen Gemeinden aufgenommen werden, die in einem engeren wirtschaftlichen Zusammenhang miteinander stehen. Für die aus dem Kreise auscheidenden Gemeinden sind die Landkreise vom Verbande Groß-Berlin angemessen zu entschädigen. Auch aus dem Provinzialverbande sollen die dem Verbande Groß-Berlin angehörenden Gemeinden gegen angemessene Abfindung der Provinz durch den Verband auscheiden. Dagegen können innerhalb des Verbandes Ein- und Umgemeindungen vereinbart werden. Ferner schlägt die V.V.G. für den behördlichen Aufbau des Verbandes Groß-Berlin vor: Die Verbandversammlung aus 150 Mitgliedern, den Verbandsvorstand (bisher Verbandsausschuss) und den Verbandsvorsteher, der die laufenden Geschäfte führt. Die Mitglieder der Verbandversammlung sollen wie bisher von den Stadtverordneten und Magistraten sowie den Gemeindevorständen gewählt werden. Jede Gemeinde, die Mitglied des Verbandes ist, soll mindestens eine Stimme haben; keine darf mehr als zwei Fünftel aller Stimmen besitzen. Es würden nach dem Entwurf der V.V.G. erhalten: Berlin 53, Charlottenburg 13, Neukölln 8, Schöneberg und Wilmersdorf je 6, Nichtenberg und Spandau je 4, Steglitz, Lichterfelde und Rantow je 3, die übrigen Gemeinden je 2 oder 1 Stimme. Der Verbandsvorstand soll aus 25 ehrenamtlichen Mitgliedern, mit dem Oberbürgermeister von Berlin als Vorsitzenden, bestehen und aus höchstens 8 beamteten Mitgliedern. Zwei Drittel der ehrenamtlichen Mitglieder, also 16, sollen Bürgermeister von Verbandsgemeinden sein. Den kleineren Gemeinden sollen 8 Sitze im Verbandsvorstande eingeräumt werden. Außer den ihm schon jetzt übertragenen Verkehres- und Siedlungsangelegenheiten sollen die Armen- und Krankenpflege, die öffentliche Gesundheitspflege und die soziale Fürsorge dem ausgebauten Verbande Groß-Berlin übertragen werden, auch der Lastenausgleich unter den Verbandsgemeinden durch Zuweisung eines Mindestbetrages an Einkommen- und Gewerbesteuer nach Maßgabe der Bevölkerungszahl soll durch den Verband geregelt werden. Er soll ferner den Ausgleich von Interessengegenständen zwischen einzelnen Gemeinden auf Anregung einer Gemeinde herbeiführen.

An den Vortrag der Leitfäden schloß sich eine rege Aussprache, in der sowohl Zustimmung, als auch anderweitige Wünsche und Anregungen zum Ausdruck kamen. Die Mitgliederversammlung beschloß dann, die Leitfäden zur Kenntnis zu nehmen und sie den Ortsgruppen zur weiteren Verarbeitung zu überweisen.

Zusammenfassung der Wohlfahrtspflege.

Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt hält ihre 10. Konferenz in Berlin ab. Am 13. Juni eröffnete der Vorsitzende Minister a. D. v. Müller die Verhandlungen mit einer Begrüßungsansprache, die auf die Notwendigkeit hinwies, in der Wohlfahrtspflege endlich ein zweckmäßiges Zusammenarbeiten der Vereine zu erreichen.

Ueber die allgemeinen Voraussetzungen eines solchen Zusammenarbeitens sprach Dr. R. v. Erdberg in einem einleitenden Vortrag. Er gab einen Überblick über die Entwicklung der Wohlfahrtspflege und unterschied in ihr vier Abschnitte: Zunächst die Vinderung der äußersten Not, dann die Armenpflege im weiteren Sinne, später die Besinnung auf die gemeinsamen menschlichen Kulturziele und heute die bewußte freie Tätigkeit zu sozialer Besserung. In diesem gegenwärtigen Entwicklungsabschnitt sei die Wohlfahrtspflege gekennzeichnet durch ihren Kampfescharakter, durch das Gegenüber von Zusammenfassung, durch Arbeit in der Richtung einander entgegen gesetzter Ziele. Selbst wenn sozialdemokratische und katholisch-kirchliche Kreise sich zu einem Zusammenarbeiten entschließen, gebe jeder seine besonderen Ziele nicht auf. Verständigung könne, soweit sie überhaupt möglich ist, nur auf dem Boden wissenschaftlicher Forschung erfolgen und werde auf ihm immer mehr angebahnt. Redner greift den Dilettantismus in der Wohlfahrtspflege, der viel Wert auf Ökonomie mit klingenden Namen legt und lächerlichen „Ergebnen“ tritt.

Er erinnerte an Vereine, die man als „Geschäftsführerorganisationen“ bezeichnet hat, an schwindelhaftige Gründungen, die nur dem Vorteil ihrer Gründer dienen wollten und ihnen Hunderttausende einbrachten, weil einflussreiche Personen ahnungslos sie förderten. Man müsse schließlich auch in der Wohlfahrtspflege so etwas wie einem Konfessionswesen kommen, das solchen Auswüchsen vorbeugen könnte. Zur Neuordnung der Wohlfahrtspflege forderte er Erziehung und Schulung der Wohlfahrtsbeamten und Hochschulkurse über dieses Arbeitsgebiet.

In dem Hauptvortrag des ersten Tages behandelte Dr. Blaum-Strahburg das Zusammenarbeiten der Wohlfahrtsfürsorge mit einander, mit Staatsbehörden und mit Gemeindeverwaltungen. Nach dem Kriege müßten alle Kräfte zusammengefaßt und jede Zersplitterung vermieden werden, um die Wirkung der Wohlfahrtsarbeit so zu steigern, wie die Bekämpfung der aus dem Kriege herrührenden sozialen Schäden und die neuen großen sozialpolitischen Aufgaben es erfordern. Redner empfahl neben dem Zusammenarbeiten der Vereine im einzelnen Fürsorgefall die Gründung von Wohlfahrtsämtern, die für alle soziale Fürsorge einer Stadt oder eines Landkreises der Mittelpunkt werden sollen. Die Vertreter aller öffentlichen und privaten Wohlfahrtsinstitutionen finden sich dann in einem Wohlfahrtsausschuss zusammen, der im wesentlichen zu beauftragen hat. In ihm müßten, hob Blaum hervor, auch der Mittelstand und die Arbeiterklasse vertreten sein, denen die Fürsorge gilt. Das sei der Fehler sozialer Fürsorge, daß sie zu wenig die Erfahrungen an eigenen Leibe zur Geltung kommen läßt. Auch gegenüber den beteiligten Vereinen müsse man Vertrauen haben, politische Gesichtspunkte beiseite lassen und ihnen die Verfolgung ihrer besonderen Ziele nicht erschweren. Uebertragung unmittelbarer Pflegerischer Aufgaben an Wohlfahrtsämter sei abzulehnen, sie dürften nur als zentrale Stellen mit zentralen Aufgaben der Volkswohlfahrt betraut werden. Ueber diese Zusammenfassung hinaus forderte Blaum ein Reichswohlfahrtsamt und einen aus Sachverständigen aller Fürsorgezweige und Vertretern der fürsorgebedürftigen Bevölkerung zusammengefaßten Reichssozialrat. Neben ihm müßten die großen sozialpolitischen Ratverbände sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zur gemeinsamen Behandlung gemeinsamer Fragen zusammenschließen.

Den Vorträgen folgte eine sehr ausgedehnte Erörterung. Sie brachte unter anderem einen Meinungsaustrausch über die Frage, ob bei der geforderten Zusammenfassung der Wohlfahrtsämter die freie Liebestätigkeit von einem Eingriff des Staates einen Nutzen zu hoffen oder den Verlust ihrer Selbstständigkeit zu fürchten hätte. „Bewormung“ wurde entschieden abgelehnt.

Zur Kleiderabgabe.

Die Reichsbekleidungsstelle sendet uns eine umfangreiche Mitteilung, der wir das folgende entnehmen:

Die Reichsbekleidungsstelle braucht für die notwendige Versorgung der Arbeiter der Kriegswichtigen Betriebe (wozu in erster Linie der Bergbau und die chemischen Fabriken gehören), der Landwirtschaft, der Eisenbahnen usw. bis zum 1. Oktober d. J. eine Million Anzüge. Nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Verteilungsschlüssel bekommen zunächst nur diejenigen Arbeiter solche Anzüge aus Wolle oder Baumwolle, die nicht auf Ersatzstoffe verwiesen werden können und die dessen schon jetzt besonders dringend benötigen. Die Reichsbekleidungsstelle hat diese eine Million unter die einzelnen Bundesstaaten des Reiches aufgeteilt. Die Untererteilung innerhalb der Bundesstaaten lag den Landesregierungen ob. Die Erfassung der Anzüge ist Sache des Kommunalverbandes. Er hat bis zum 15. Juli der Reichsbekleidungsstelle zu melden, daß er die ihm auferlegte Zahl aufgebracht hat. Wie bringt er sie nun auf? Zunächst durch freiwillige Sammelkätigkeit, die eine möglichst reiche Propaganda voraussetzt. Daß der Ruf auf ein Gebot der Bevölkerung doch noch nicht seine Werbekraft verloren hat, geht daraus hervor, daß von den verschiedensten Seiten, darunter einer großen süddeutschen Hauptstadt, gemeldet wurde, daß die Zahl der aufzubringenden Stücke schon freiwillig abgegeben sei. Sollte daselbst nicht überall möglich sein?

Wer mit feiner Abgabe allzulange zaudert, dabei aber auf den ersten Blick doch abgabefähig erscheint, bekommt ein Bekleidungsverzeichnis zugesandt, das er alsbald ausgefüllt und unterzeichnet zurückreichen muß. Unrichtige Angaben sind unter Strafe gestellt. Von allen diesen Schritten ist der befreit, der einen Anzug, dessen Teile nicht unbedingt zusammen zu passen brauchen, abgibt. Außerdem wird ihm auf der Empfangsbekleidungsstelle zugesichert, daß dieser ihm bei etwaiger später erforderlich werden nochmaligen Erfassung getragener Kleidung in Anrechnung gebracht werden soll.

Bislang wird mit Recht eingewendet, daß die Munitionsarbeiter jetzt nach ihrem Geldbeutel besser in der Lage seien, sich neue Sachen zu kaufen als der Mittelstand. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die geforderte Arbeiterkleidung nicht mehr lauslich vorhanden ist, und daß selbstverständlich die Arbeiter die jetzt gesammelte Kleidung nach ihrem vollen Wert bezahlen müssen. Ferner machen die hochverdienenden Munitionsarbeiter doch auch nur einen kleinen Bruchteil der zu Verportenden aus, und was die Kollage des Mittelstandes anlangt, so ist dieselbe der Reichsbekleidungsstelle bekannt und wird auch bei etwa notwendig werden strengerer Maßnahmen gebührende Berücksichtigung finden.

Eine angemessene Bezahlung der eingehenden Stücke hat die Reichsbekleidungsstelle den Kommunalverbänden auf das nachdrücklichste zur Pflicht gemacht. Die Sachen sollen zunächst in der Nähe des Sammelortes wieder zur Verteilung gelangen, und wird die Reichsbekleidungsstelle zu diesem Zweck etwa 50 Sammellager (Reichskleiderlager) einrichten, wo die Sachen zweckmäßig sortiert und alsdann den Bedarfstellen zur Verfügung gestellt werden. Besonders bedürftige Kommunalverbände, die vielfach ihre Sachen nur ungern aus der Hand geben wollen, mügen sich damit trösten, daß ihnen die Sachen nicht „weggenommen“ werden, sondern nur in die Verfügungsgewalt der Reichsbekleidungsstelle befristet Sottierung gelangen sollen, die ihnen vielleicht mehr und geeigneter wieder zuführt als sie zu geben in der Lage waren.

Sowohl die Zuschrift der Reichsbekleidungsstelle. Interessant wäre es, etwas Näheres über die Prinzipien zu erfahren, nach denen die Landesregierungen die Menge der zu liefernden Anzüge auf die einzelnen Kommunalverbände repariert haben. Man könnte dann auch beurteilen, ob das im Verhältnis zum Lieferungsfall sehr geringe Resultat der Berliner Sammlung eine Folge mangelnder Opferfreudigkeit des Kleiderbesitzers Teils der biesigen Bevölkerung ist oder ob es seine Erklärung und Entschuldigung vielleicht darin findet, daß an das Kleidende Berlin wieder einmal zu strenge Forderungen gestellt wurden.

Die Einladung zur Kohlenabnahme.

Von der Kohlenstelle Groß-Berlin werden wir dringend ersucht, nochmals darauf hinzuweisen, daß es im elassen Interesse der Verbraucher gelegen ist, mit der Abnahme der Kohlen schnellstens zu beginnen, zumal nunmehr das Dreifache der am 1. Juni freigegebenen Menge bezogen werden kann.

Diese dringenden amtlichen Einladungen zur Kohlenabnahme stehen — wie uns zahlreiche Zuschriften beweisen — leider in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu der Tatsache, daß viele Berliner Verbraucher die ihnen zustehenden Kohlenrationen trotz aller Bemühungen nicht erhalten können, weil die Händler, in deren Kundenliste sie sich eingetragen haben, seit Wochen nicht beliefert worden sind.

Wir werden diese Angelegenheit demnächst ausführlicher behandeln.



In der Stadt des Kommunistischen Manifests.

Brüssel, im Juni 1918.

Drei und ein halbes Jahr habe ich die Stadt nicht mehr gesehen. Damals im ersten Kriegsjahr, als wir im gigantischen Justizpalast lagen, als die Brüsseler Bürger mit finsternen Mienen um die vielen deutschen Soldaten gingen und einzelne von ihnen sich beim Klang der deutschen Militärmusik die Ohren zuhielten — damals habe ich sie kennen gelernt in ihrer Trauer und ihrem Schmerz.

Sonderbare Tage waren das damals. Jeden zweiten oder dritten Abend nahmen wir unsere Strohsäcke unter Arm und wanderten in die weiten Keller des riesigen Gebäudes, um die Nacht dort zu verbringen. Andere besetzten Flur und Treppenhöfe. Dunkle Gerüche schwirren umher, von drohender Erhebung der Bürgerwehr, vom Einsatz durch englische Truppen. So lauerten wir denn auf den Säcken hinter den dicken Mauern und schoben unsere Gewehre durch die schmalen Fenster, während um das Gebäude graue Schleihe standen, deren Mündungen drohend in die nach dem Palast führenden Straßen schauten. Aber niemals hat es unserer Waffen bedurft. Brüssel stand in tiefem Leid, und mancher Bürger hallte die Faust in verächtlicher Laune, aber darüber hinaus ist es nicht gekommen. Auch nicht an dem Tage, an dem sein Stadtoberhaupt in deutsche Haft geführt wurde. Das war noch zu den der Gold' Zeiten. Unter Herrn v. Biffings strengem Regiment begann es dann ab und zu einmal zu rumoren. Unbedeutend. Doch der mochte es mit den Bürgern, wie man es zuweilen mit unartigen Kindern tut, er schickte sie abends eine Stunde früher zu Bett.

Nun hat das Geschick mich wieder auf einige Tage hierher geführt. Als ich 1914 schied, war es Herbst, heute knospen die Frühlingsschnecken an den Bäumen der breiten Boulevards. Und wie die Natur, so hat auch die Stadt ein lebendigeres, ein frischeres Gesicht aufgedeckt als damals zu Beginn der Invasion. Längst haben die Bürger sich mit dem bestehenden Zustande abgefunden, ja ihn nach Möglichkeit zu nützen gesucht. Die Zurückhaltung von einstmal ist geschwunden, an ihre Stelle ist ein flottes Geschäftsverkehr getreten. Gerne nimmt man das gute Geld aus deutschen Händen.

Und es fließt Geld durch die Hände der Brüsseler Hoteliers und Geschäftsleute. Soldaten und Beamte müssen tüchtig zahlen, wollen sie beschreibende Genüsse befrriedigen. Brüssel ist ein teures Pflaster geworden; ein sehr teures. Indes gibt es keinen der demokratischen Wünsche, der sich hier nicht befriedigen ließe. Nur Geld muß man, wie gesagt, im Beutel haben. Die Schaufenster der Schladtereien strotzen von Lederbissen. Mit Interesse lese ich die angegebenen Preise: ein Pfund Wurst 10 M., ein Pfund Schinken 12 M., ein Ein 80 Pf., ein Pfund Butter 12 M. Alles sündhaft teuer, aber vorhanden ist alles. In den Fenstern der Schuhgeschäfte noch herrschende Ziffern. Ein Paar Schnürschuhe, wie man sie vor dem Kriege mit 15—20 M. bezahlte, kosten jetzt 100—150 M.

So die Preise. Nicht etwa, daß es um den Rest der Waren ginge. Durchaus nicht. Es wird eben gefordert. Höchstpreise, behördlich reguliert, gibt es hier nicht. Nur in bezug auf den Zucker ist eine Ausnahme getroffen. Das deutsche Generalgouvernement hat der Vereinigung belgischer Schokoladen- und Zuckerfabriken, welche die vierzig hauptsächlichsten Fabrikanten umfaßt, die Verpflichtung auferlegt, einen Teil ihrer Erzeugung zu vorbeschriebenen Preisen an die Bevölkerung abzugeben. Und zwar in Quanten bis zu 500 Gramm pro Person. Und so kann man denn in den Straßen Brüssels die Zuckerprofessionen genau so stehen sehen wie hierzulande die Butterprofessionen tragikomischen Gedankens.

Aber wo bleibt die ärmere Bevölkerung bei solchem Stand der Dinge? Ich weiß nicht, was aus dem belgischen Proletariat geworden wäre, wenn nicht Amerika sich seiner angenommen hätte. Für etwa eine Million Mark Lebensmittel werden durch das neutrale Komitee täglich an die Bevölkerung dieses unglücklichen Landes geliefert. Zuerst lange Zeit völlig unentgeltlich, später, die Länge des Krieges erforderte es, zu verhältnismäßig niedrigen Preisen. Im Anfang war die Tat. Erkennen wir es schon an.

Neben den hohen Preisen auf die Verbrauchsgegenstände des täglichen Lebens ist es das Laster, das allenhalben die Not der Zeit verrät. Mit einer Ungeheuerheit und offenen Selbstverleumdung, wie sie wohl ohne Beispiel ist, erhebt heute in Brüssel die Prostitution ihr Haupt. Ohne jede Scheu und Scham bieten Frauen

und Mädchen sich dem Zahlungsfähigen an. Die Folgen bleiben natürlich nicht aus. Nicht weniger als 5000 geschlechtskranke Frauenpersonen wurden im letzten Jahre in Brüssel festgehalten. Welche Gefahr für die Männer, nicht zum wenigsten das dort anwesende deutsche Militär!

Wenn man vom Nordbahnhof aus das Boulevard Anspach entlang bis zur Börse geht, kann man mit der Schokoladenbahn — nach ihrem braunen Anstrich so benannt — in wenigen Minuten das Maison du Peuple, das Volkshaus der Brüsseler Arbeiter, erreichen. Und so sah ich denn an dieser Stelle eines Abends, so wie ich es damals 1914 getan, um einen Blick zu tun in die Seele der Brüsseler Arbeiterschaft. Noch immer, wie in guten Friedendzeiten, kommen sie hier mit Frau und Kind zusammen, um unter sich zu sein und alten Idealen zu leben. Die lustigen dem Justizpalast und der Kapellenkirche, der bürgerlichen Gerechtigkeit und der Frömmigkeit, sitzen sie und sprechen sie über das materielle, moralische und politische Glend dieser angeblich großen und doch so erbärmlich kleinen Zeit. Sie haben keine eigene Zeitung, die Brüsseler Arbeiter. Der „Peuple“ hat 1914 seine Pforten geschlossen und sie bis heute nicht wieder geöffnet. An seine Stelle ist kein Ersatz getreten. Der „Genter „Vooruit“, der seine Leser selbst unter den flämischen Arbeitern der flandrischen Frontstädter hat, ist in Brüssel unbekannt. Flämisch ist noch Herkommen und Sprache nicht Sache der Brüsseler Arbeiter. So lesen sie in der Hauptsache ein bürgerliches unparteiisches Blatt, „La Belgique“, das seit Kriegsbeginn erscheint.

So die Arbeiter in der Stadt, in der vor fiebzig Jahren der Altmeister des Sozialismus jenes gedankentiefen, sprachlich glänzende Manifest in die Welt schleuderte, das die Proletarier des Erdballes zur Vereinigung gegen Kapitalmacht aufforderte. Drei Jahre, von 1845—1848 hat Marx mit seiner jungen Frau hier gelebt, bis ihn der preussische Arm, der ihn vorher aus Paris vertrieben, auch hier erreichte, und seine Ausweisung bewirkte. In dankbarem Gedenken an den Meister hat später, als die Saat gereift und Früchte trug, die Stadt Brüssel eine Straße nach ihm benannt. Ein nicht alltägliches Vorkommnis.

Den letzten Abend meines Brüsseler Aufenthalts besuchte ich die französische Oper. Puccinis „Bohème“ wurde gegeben. Gute Sänger, gute Musik, gute Ausstattung. Die lustig-leichten Gestalten aus Murgers Roman beleben die Bühne. Leben jugendlich-sorgenlos in den Tag hinein, wie es eben die Pariser jungen Künstler jener Zeit zu tun gewohnt. Bis dann am Schluß plötzlich der Tod die Senfe schwingt und die gute Kameradin leichter Tage und froher Nächte auf die Bahre wirft. Und so geht denn auch ein herber Schmerz durch die Herzen der Literatur-Jünger.

Als ich von Brüssel schied und wieder nach der Front fuhr, mußte ich noch lange an Murgers Gestalten denken. Bleibt nicht etwas von der Tragik dieser Dichtung auch in unserem Zeitgeschehen?!

Josef Kliche.

Arrigo Boito.

Arrigo Boito, dessen Tod gemeldet wird, gehört zu den italienischen Kontinentalen, die stets gute Beziehungen zu Deutschland gepflegt haben. In Italien war er einer der ersten, der dem Werke Richard Wagners seine Aufmerksamkeit zuwandte; bei seinen Reisen war er auch nach Deutschland gekommen, mit dem Wagnerer Meister in persönliche Fühlung getreten und hatte an dessen Reformbestrebungen Anteil genommen. Boitos musikalische Werke sind auch bei uns in einigen Städten aufgeführt und freundlich aufgenommen worden. Boito, der 1842 in Padua geboren ist, verdankt seine musikalische Ausbildung dem Konservatorium Mailands; dort wurde er dann Lehrer, und später wurde ihm die Oberaufsicht über den gesamten musikalischen Unterricht Italiens übertragen.

Das Hauptwerk Boitos ist die Mephisto-Oper. Boito war der erste Lieddichter Italiens, der die Forderung ausstellte, zu einer guten Oper gelde ein bedeutender Vortwurf, nicht ein Viretto der üblichen Librettoreiber, und so hielt er sich an eine der größten Dichtungen, den Faust Goethes, dessen beide Teile er benutzte. Bereits als 24jähriger hatte Boito diese Oper zum großen Teile vollendet, der Krieg des Jahres 1868 hinderte die Fortführung der Arbeit, und erst am 6. März 1868 fand die Uraufführung an der Mailänder Scala statt. Sie dauerte von 1/2 bis 2 Uhr morgens; so lange hielten die Zuhörer aus, obwohl sich von Anfang bis zu Ende so starke Zeichen des Mißfallens bemerkbar machten, daß man wohl von einer regelrechten Ablehnung sprechen darf. Boito, der selber dirigierte, ließ sich dadurch jedoch nicht beirren. Ein paar Jahre später legte sich die Oper jedoch durch. Ueber ein Menschenalter lang hat Boito dann

keine Oper mehr geschrieben. Dafür entfaltete er neben seiner Betätigung eine außerordentliche Fruchtbarkeit als Dichter; er hat lyrische Werke und Romane geschrieben, besonders hochgeschätzt ist er als Lyriker von Opem; unter anderem stammt von ihm das Buch zu Verdis „Otello“ und „Falstaff“. Erst in unserem Jahrhundert ist seine zweite Oper, „Kero“, erschienen; von dramatisch-musikalischen Werken sei schließlich seine einaktige Idylle „Abenddämmerung“ genannt, die auch in Deutschland zur Aufführung gelangte.

Die Gebisse der Schwarzbrot- und der Weißbrotesser.

Während des Krieges hat Professor Wallhoff, der Lehrer der Zahnheilkunde an der Münchener Universität, Versuche und Untersuchungen ausgeführt, aus denen hervorzugehen schien, daß die häufigste Zahnkrankheit, die Zahnhäule (Caries), auf die Einwirkung des Brotes auf das Gebiß zurückzuführen ist, einerlei, aus was für Mehl das Brot hergestellt ist. Dr. D. Siegfried (Worbbam) hat nun als Feldarzt eines Kriegslazarettes an tausend, aus verschiedenen Landschaften Deutschlands stammenden Soldaten Zahnuntersuchungen ausgeführt, deren eindeutiges Ergebnis ist, daß nur das Weißbrot die Zähne zu schädigen imstande ist, während das Schwarzbrot das Gebiß sehr günstig beeinflusst. Daß Wallhoff zu anderen Ergebnissen gelangt ist, scheint daran zu liegen, daß er vorwiegend die Gebisse von Münchenern zu untersuchen Gelegenheit hatte; tatsächlich aber ist streng zwischen den Gebissen der Schwarzbrot- und der Weißbrotessenden Landschaften zu unterscheiden. Während das Weißbrot wenig gelaut zu werden braucht, schnell erweicht, an den Zähnen kleben bleibt, rasch in Gärung übergeht und die Zähne zerstört, besonders wenn nicht abendlich das Gebiß gereinigt wird, dient das Krauen harten Schwarzbrot gerade dazu, Kiefer, Gebiß und Zahnfleisch zu entwickeln. Freilich gilt das nur von reinem Schwarzbrot, nicht von dem durch Kartoffeln gestreckten.

Die zahlreichsten und schlimmsten Zahnerkrankungen hat Siegfried bei Weißbrotessern gesehen. So fand er im besetzten Frankreich in den niederen Kreisen kaum eine Frau über 30 Jahre, deren Gebiß noch einigermaßen lauffähig war, ja im Weißbrotessenden Frankreich sind selbst Kinder von fünf bis sechs Jahren mit völlig zerstörten Milchgebissen sehr häufig.

Die Ergebnisse seiner Untersuchungen teilt er jetzt in der „Mittelschmerztherapeutischen Wochenschrift“ mit. Er fand unter 816 Schwarzbrotessern 66 völlig fehlerfreie Gebisse, darunter 47 ohne die geringste Pflege. Dagegen hatte kein einziger Weißbrotesser ein vollstäniges Gebiß. Zwei wahre Prachtgebisse stammten von einem 20-jährigen Dispreuten und einem 23jährigen Hefen; beide haben seit frühestem Jugend nur reines grobes Schwarzbrot gelaut und nie die Reinigung mit einer Bürste oder eine andere Zahnpflege kennen gelernt. Weitere 45 fehlerfreie und ungepflegte Gebisse stammten aus ausgeprochenen Schwarzbrotgebenden (Mehinprovinz, Westfalen, Hannover, Sachsen); von Süddeutschen waren fast nur Württemberger vertreten, die, wenigstens auf dem Lande, meist Schwarzbrotesser sind. Die schlimmsten Zerstörungen hatte die Zahnhäule bei Weißbrotessern angerichtet, selbstverständlich bei ungepflegten Gebissen die weitgehendsten, und die Abbildungen, die Siegfried von den Gebissen solcher Weißbrotesser veröffentlicht, zeigen geradezu erschreckende Formen der Zerstörung. Bei den Leuten über 30 Jahre — im ganzen 407 — fehlten bei den Schwarzbrotessern durchschnittlich 6,5 Zähne, bei den Weißbrotessern 10,9; bei den unter 30-jährigen — 568 — fehlten durchschnittlich 4 Zähne bei den Schwarzbrotessern, 7,5, also fast doppelt so viel, den Weißbrotessern. Die 84 Berlinerboten ein besonders ungünstiges Bild; ihnen fehlten durchschnittlich 9 Zähne, 3,3 waren vom Caries befallen. Besonders beredt ist die Zahl der voll erhaltenen Gebisse: im ganzen fanden sich unter den 1000 Untersuchten 108, also 10,8 Proz. Diese gebühren sämtlich Schwarzbrotessern! Während 29 aus der Stadt stammten, waren 79 vom Lande; 70 unter ihnen waren nie gebürstet oder anderweitig gepflegt worden. Vollkommen fehlerfreie Gebisse ohne Zahnhäule waren 68 vorhanden, darunter 47 ungepflegte. Von den Weißbrotessern war nicht ein einziger im Besitz eines vollständigen Gebisses.

Notizen.

— Die Libland-Eisland-Ausstellung wird in der Akademie der Künste (am Pariser Platz 4) am Sonnabend, den 15. Juni, eröffnet und dem Publikum von 2 Uhr ab zugänglich sein.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Müller verschwand in dem Theateringang und Vorwieslehrte ins Restaurant zurück. Moritz traf er nicht mehr an. Der Keller richtete ihm aus, daß er auf ihn im Theater warte. Er kehrte um, ging ins Theater und ließ sich in der ersten Reihe neben Moritz und Leo nieder. Leo grüßte unablässig nach allen Seiten und musterte durch das Opernglas zwei Blondinen im ersten Rang.

„Ein Prachtmädel, erstklassig, meine Blondine. Schau, Moritz.“

„Kennst du sie näher?“  
„Ob ich sie näher kenne? Ha, ha, ha, ich kenne sie aber sehr näher! Nach mich mit Vorwieslehr bekannt.“

Moritz tat es gleich.

Leo wollte etwas sagen, Kopfte auch schon Moritz auf die Anie, aber Vorwieslehr stand auf, wandte sich dem Saal zu, der von oben bis unten mit dem besten Publikum gefüllt war, das Lodz aufzuweisen hatte, und musterte alle genau. Jeden Augenblick grüßte er nach den Logen und den Fautenils mit einer ungläublich vornehmen Bewegung.

Ruhig stand er da, im Kreuzfeuer der Operngläser und der von allen Seiten des Theaters auf ihn gerichteten Blicke. Wie in einem frisch eingefangenen Bienschwarm summte es.

Die elegante Silhouette seiner hohen, gut gebauten, schlanken Gestalt fiel allen auf.

Mit seinem ichönen, rasierten, fein geschnittenen Gesicht, das ein wohlgepflegter Schnurrbart verzierte, mit einer gewissen Nonchalance in Bewegungen und Blicken war der Typ eines Edelmannes.

Niemand hätte in dieser vornehmen Erscheinung einen Fabrikchemiker vermutet, der als Kolorkist nicht seinesgleichen hatte, und um den sich die Baumwollfabriken rissen. Er gehörte sogar zu denen, die auf diesem Gebiet unwürdige Neuerungen einführten.

Die grauen, blauschimmernden Augen, die herben Züge, die fast dunklen Brauen und die hart modellierte Stirn gaben ihm etwas Raubtierähnliches. Man spürte in ihm einen festen, unbeugsamen Willen.

Er schaute erhaben im Theater herum, das in Licht gebadet war, und musterte das bunte, mit funkelnendem Schmuck beladene Publikum.

Die Logen glühten mit weichselotem Samt ausgelegt

Blumenkörben, aus denen festlich geschmückte Frauen im Glanze ihrer Juwelen wie Blumen emporwuchsen.

„Karl, was meinst du, wieviel Millionen sitzen heut im Theater?“ fragte Moritz leise.

„An die sechshundert,“ erwiderte dieser, langsam die Gesichter der Millionäre prüfend.

„Hier riecht's wirklich nach Millionen,“ warf Leo ein, die von dem Geruch verschiedener Parfüms, frischer Blumen und feuchter Kleider durchsättigte Luft tief einatmend.

„Hauptsächlich nach Zwiebeln und Kartoffeln,“ stüßte Vorwieslehr verächtlich und grüßte mit einem suchbar süßen Lächeln nach einer Prozeniumsloge hin, zu einer auffallend schönen Jüdin in einem schwarzen, dekorierten Seidenkleid, aus dem blendend weiße, wunderbar gefornite Arme und ein mit Brillantenschmüren geschmückter Hals hervorleuchteten. Ueber den Schultern glänzten Brillanten und in den Rämmen, die die schwarzen, vollen Haare zusammenhielten. An den Ohren funkelten Brillanten von unglaublicher Größe, sie schillerten am Busen, in einer Agraffe, die den Ausschnitt zusammenhielt, und leuchteten an den Armbändern, die die von schwarzen Handschuhen umspannten Arme bedeckten. Die großen, langgeschlittenen Handschuhe glühten wie die wunderbaren Saphire. Ihr Gesicht hatte den warmen Ton reifer Oliven, von dem Rot des Blutes leicht durchsättigt. Die Stirn war niedrig, die Brauen scharf gezeichnet, die grade Nase war schmal, die Lippen groß und voll.

Mit einem gewissen Eigensinn schaute sie auf Vorwieslehr, ohne die von allen Logen auf sie gerichteten Blicke zu beachten. Ab und zu warf sie einen flüchtigen Blick ihrem rückwärts in der Loge sitzenden Mann zu, einem Greis von ausgeprochenem semitischen Typ, der gefentken Hauptes in Gedanken versunken dasah. Manchmal wachte er auf, warf durch seine Brille durchbohrende Blicke in den Saal, zog die Weste über seinen Bauch zurecht und flüsterte zu seiner Frau:

„Neh, warum stellst du dich so aus?“

Sie tat, als hörte sie es nicht, und musterte weiter die hauptsächlich mit semitischen und germanischen Typen besetzten Logen und Fautenils oder schaute auf Vorwieslehr, der ihre Blicke manchmal spüren mußte, denn er wandte sich ihr zu, blieb aber scheinbar kühl und gleichgültig.

„Ein schönes Stück, diese Frau Zuder,“ flüsterte Leo zu Vorwieslehr. Er hätte sich gern in ein Gespräch mit ihm eingelassen, um näheres über seine Agentur zu erfahren.

„Reinen Sie?“ erwiderte dieser kühl.

„Ja, sehr ja. Schauen Sie, ihre Wüste. Das hab' ich bei Frauen am liebsten, und sie hat eine prächtige Wüste, wie Samt, ha, ha, ha.“

„Was lachst du?“ fragte Moritz neugierig.

Sie brachen ab, denn gerade ging der Vorhang in die Höhe und alle Blicke richteten sich auf die Bühne. Woß Frau Zuder schaute hinter dem Fächer zu Karl herüber, der es nicht zu merken schien. Das rechte sie dermaßen auf, daß sie ein paarmal mit dem Fächer scheinbar zufällig auf die Brustung schlug.

Er lächelte unmerklich, warf ihr kurze Blicke zu und blühte mit großer Aufmerksamkeit auf die Bühne.

In der Pause stand er auf und wollte zu Müllers in die Loge gehen. Kohn hielt ihn zurück.

„Herr Vorwieslehr, könnte ich Sie einen Moment sprechen?“

„Nach dem Theater vielleicht. Jetzt habe ich keine Zeit, wie Sie sehen,“ warf er hin und ging weiter.

„Ein großer Herr, der da, jetzt hat er keine Zeit.“

„Er hat recht, das ist hier kein Ort für Geschäfte.“

„Du bist wohl ganz verrückt geworden, Moritz, wie heißt kein Ort zu Geschäften, zu Geschäften ist überall der richtige Ort. Aber dieser von Vorwieslehr, das ist ein Großfürst von Buchholz u. Co., große Person.“

Vorwieslehr trat unterdessen in die Müllersche Loge ein. Der alte Müller ging heraus, um ihm Platz zu machen, denn der vierte Platz war schon von einem Weinen, diesen Herrn besetzt.

Er begrüßte Frau Müller, die rückwärts in der Loge schlummerte, und die Tochter, die bei seinem Erscheinen beinahe aufgestanden war.

„Süß.“

„Vorwieslehr.“

Namen und Hände kreuzten sich.

Karl nahm Platz und fragte, um überhaupt etwas zu sagen:

„Unterhalten Sie sich gut?“

„Ausgezeichnet, himmlisch!“ schrie sie. Ihr rundes, rosiges, einem jungen, frisch gepuhten Madieschen ähnliches Gesicht erglühete in einem kräftigen Rot, das von dem hellgrünen Kleid besonders abstaß.

Sie hielt verschämt ihr Taschentuch vors Gesicht, um die Röte zu verdecken. Die Mutter warf ihr einen prachtvollen Epithenschal um, weil es durch die offenen Türen des ganzen Theaters zog, und schlummerte dann weiter.

„Und Sie?“ fragte Wada Müller nach einer Weile, ihn mit ihren blauen, richtigen Porzellanaugen anschauend. In diesem Augenblick sah sie mit den blaffen, etwas geöffneten Kinderlippen und dem emporgeschobenen Gesichtchen wie eine frisch gebadene Semmel aus.

(Fortf. folgt.)

